

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Verhältnissen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbringung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Mittwoch, 21. März 1923.

Nr. 66.

Geistlichkeit und Politik.

Nach den Osterfeiertagen wird eine wahre Massenfahrt von tschechoslowakischen Bischöfen nach Rom vor sich gehen. Fast sämtliche der geistlichen Oberhirten der Republik werden sich unter Führung des Prager Erzbischofs Dr. Kordas zum heiligen Vater begeben und werden ihre Schäflein, welche diese Verweisung hoffentlich gut übersehen werden, eine Zeitlang allein lassen. Der Kummer der frommen Gläubigen braucht jedenfalls durch die Annahme nicht gesteigert zu werden, daß diese Romreise für ihre Oberhirten eine entbehrungsreiche Pilgerfahrt in Sad und Nische werden wird, denn es ist dafür gesorgt, daß sie, die Nachfolger dessen, der nichts hatte, wo er sein Haupt hinlegen konnte, in bequemen Salonwagen die Reise in die ewige Stadt zurücklegen können und auch an entsprechender Abnung wird es den glaubensstarken Männern nicht mangeln. Ueber den Zweck dieser Reise werden mannigfache Mutmaßungen angestellt, welche die liberale Presse durch die Behauptung, es gehe um die „Möglichkeit einer Annäherung der römisch-katholischen und der orthodoxen Kirche“, welche in Karpathorussland stark verbreitet ist, nur noch zu verwirren sucht. Da das Rätsellose nicht unsere Sache ist, beschränken wir uns darauf, den Herren Bischöfen eine glückliche Reise zu wünschen, wobei wir uns mit der Annahme begnügen, die Bischöfe führen zum Papste, um nebenbei auch über die, wenn auch nicht sehr aktuelle Frage der Trennung der Kirche vom Staate mit ihm zu beraten.

Im übrigen könnte man diese Romreise als eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche ansehen, wenn nicht außer den Bischöfen auch der Herr Monsignore Schramel, der Führer der tschechischen Merikalen und derzeit Gesundheitsminister, an ihr teilnehmen würde. Wenn Herr Schramel nach Rom fährt, so hat dies natürlich besondere und vor allem politische Gründe. Denn niemand wird das Wirken und die Neigungen des Herrn Monsignore mit der Tätigkeit eines Seelsorgers in Zusammenhang bringen wollen, so daß sich auch die Annahme von selbst erledigt, Herr Schramel würde religiöser oder kirchlicher Fragen wegen zum Papste fahren. Auch sein Amt als Gesundheitsminister führt ihn kaum nach Rom, denn er ist Gesundheitsminister, damit er überhaupt Minister ist und im Ministerium den politischen Einfluß der von ihm geleiteten Merikalen Partei ausüben kann. Wie er für die Gesundheit sorgt, geht aus der Veröffentlichung eines tschechischbürgerlichen Blattes hervor, wonach im Prager Allgemeinen Krankenhaus zum Transport der Operationsbedürftigen Tragbahnen verwendet werden, welche die operierten Personen in die höchste Gefahr bringen. Herr Schramel führt seine Aufgabe als Gesundheitsminister so auf, daß er dabei nur die Gesundheit der Merikalen Partei im Auge hat.

In der Tat ist der Hauptzweck, der Herrn Schramel und mit ihm den tschechoslowakischen Episkopat veranlaßt, im Vatikan Audienz zu nehmen, ein anderer: es gilt, zwischen den tschechischen Merikalen und dem Vatikan eine Disferenz zu beseitigen, bei der es um nichts anderes geht, als um die Frage der Teilnahme der Geistlichkeit am politischen Leben.

Die Ursache dieser Differenz liegt über ein Jahr zurück. Die päpstliche Kurie gab mit der Entscheidung vom 22. April 1922 zum Ausdruck, daß die Beteiligung der katholischen Geistlichen am politischen Leben ihr Mißfallen finde. Die päpstliche Kommission zur authentischen Interpretation des Canons des Codez antwortete auf zwei vorgelegte Zweifel, daß die Bewilligung zur Annahme eines parlamentarischen Mandats durch geistliche Personen eher zu verweigern, als zu gewähren sei. Der Canon 139, § 4, des Codez setzt über allen Zweifel fest, daß Angehörige des geistlichen Standes (ohne Unterschied des Grades) sich weder um ein Mandat bewerben, noch es annehmen sollen, dort, wo der heilige Stuhl ein Verbot ausgesprochen habe. Dergleichen sollen

Sozialistische Ruhr-Konferenz.

Verhandlungen der Sozialisten der Entente-Länder mit den deutschen Sozialisten.

Paris, 20. März. (Fabas.) Die Konferenz der parlamentarischen sozialistischen Gruppen Belgiens, Großbritanniens, Italiens und Frankreichs zur Besprechung des Reparationsproblems und der Ruhrfrage ist zusammengetreten.

Berlin, 20. März. (Wolff.) Die internationale sozialistische Konferenz in Paris hat, wie Fabas mitteilt, beschlossen, eine aus je einem Vertreter der beteiligten Länder England, Frankreich, Italien und Belgien zusammengesetzte Delegation nach Berlin zu entsenden, die mit den deutschen Sozialisten über die Reparationsfrage und die Besetzung des Ruhrgebietes verhandeln soll.

Protest des Reichstags gegen die Gewalttate.

Berlin, 20. März. (Wolff.) Präsident Loebe eröffnete die heutige Sitzung des Reichstages mit einer Ansprache, die stehend angehört wurde und in der er unter anderem sagte: „In der Reihe der Gewalttaten, die von den gewalttätigen in Ruhrgebiete eingedrungenen Franzosen und Belgier begangen wurden, ist durch die Ausweisung des Abn. Koresell wiederum rechtswidrig Hand an einen Abgeordneten gelegt worden. Der Abn. Quach ist als Geisel verhaftet und ins Zuchthaus geschickt worden, wo noch 244 Personen unter den unwürdigsten und gesundheitsgefährlichsten Umständen untergebracht sind. Der Minister des Aeußern hat einen energischen Protest an die

französische Regierung gerichtet und die sofortige Freilassung verlangt. Gestern ist Abn. Dr. Quach entlassen worden, weil er für die Gefährdung der Offener Handelskammer nicht verantwortlich sei. Seine Leidensgenossen sind noch festgehalten worden. Unsere Abgeordneten werden die Kränkungen als eine Ehre und nicht als Schandung betrachten.

Das Haus hat in erster und zweiter Lesung die Elbeschiffahrtsakte angenommen, d. i. den internationalen Vertrag zwischen Deutschland, Frankreich, der Tschechoslowakei, Belgien, Großbritannien und Italien.

Drohender Generalstreik in Oberschlesien.

heute Entscheidung.

Berlin, 20. März. (Eigenbericht.) In Oberschlesien hat sich die Lage weiter verschärft. In einer stark besuchten Versammlung der Betriebsräte wurde gegen die Maßnahmen der Unternehmer Stellung genommen und erklärt, daß die Handlungsweise der Arbeiter bei den faschistischen Provokationen staatsverleumdend gewesen sei. Wenn die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, wird Mittwoch ein neuer Kongress zusammentreten, der darüber zu entscheiden ha-

ben wird, ob der Generalstreik über ganz Oberschlesien ausgedehnt werden soll. Die Unternehmer beabsichtigen allem Anschein nach, mit Hilfe der Selbstschutzbände die Gewerkschaften zu zerschlagen. In der jetzigen Lage des Reiches ist dieses Vorgehen umso mehr zu verwerfen, als dessen Wirtschaftslage dadurch verschlimmert wird. Vertreter der Regierung sind bereits nach Oberschlesien abgereist, um an den Verhandlungen teilzunehmen.

Geistliche nicht im Gebiete eines anderen bischöflichen Ordinariats ohne die Bewilligung auch jenes Ordinariats kandidieren, wo sie sich um ein Mandat bewerben. Der Vatikan zeigt wenig Freude daran, daß so zahlreiche Geistliche im Vordergrund der Merikalen Partei stehen, wodurch sie persönlich in scharfen Gegensatz zu anderen Parteien treten, deren Anhänger Befenner des katholischen Glaubens sind, weshalb denn auch der bekannte Vertrauensmann am päpstlichen Stuhle, Kardinal Mercier, den Geistlichen riet, sich lieber der Vertiefung religiösen Lebens zu widmen. Der Vatikan ist besonders gegen die Teilnahme von Bischöfen am parlamentarischen und politischen Leben, weshalb denn auch in letzter Zeit der Olmücker Erzbischof Dr. Stojan das Senatsmandat und der Bischof von Neutra Dr. Ametto das Abgeordnetenmandat niederlegen mußten. Es ist wohl richtig, daß in fast allen Ländern Geistliche sich politisch betätigen, so in Belgien der Dominikanerpater und Senator Rutten, in Holland Monsignore Roicus, in Polen der Abgeordnete und Prälat Adamski, in Oesterreich der Kanzler und Prälat Seipel aber eben diese politische Tätigkeit dieser und anderer geistlicher Personen scheint dem Vatikan heftige Bedenken vom Standpunkte des Ansehens der katholischen Kirche eingeflößt zu haben und darum sähe er es lieber, wenn nicht immer und überall geistliche Personen im Vordergrund des politischen Machtkampfes der Merikalen ständen.

Die Gründe, welche den Papst zu dieser Haltung bestimmen, liegen auf der Hand. Daß er selber nicht etwa der Meinung ist, die ka-

tholische Kirche habe sich nur um das Seelenheil der Gläubigen zu kümmern, sondern daß auch er die höchst irdischen Machtziele des Merikalismus sich zu fördern bemüht, das beweisen zu Weihnachten erlassenes „erstes Welt-Rundschreiben“, in dem er zur Freude aller Arbeiterseinde als „Uebel dieser Welt“ auch den Klassenkampf und den Sozialismus aufzählte und deren Bekämpfung er dringendst empfahl. Der Uebel größtes ist ihm der — Sozialismus und er nennt den Klassenkampf die „eingewurzelte, tödlichste Krankheit der Gesellschaft“ und den „Bohrwurm“, der ihren Lebensnerv zernagt. Schon diese Termini, die einem kapitalistischen Soldschreiber abgelautet scheinen, beweisen, daß auch der Papst keine Bedenken trägt, die Kirche zu einem Machtinstrument der kapitalistischen Klassen zu machen, an deren Seite, gegen die Ausgebeuteten und Entrechteten, er sich sichtbar stellt. In dem Welt-Rundschreiben läßt er auch keinen Zweifel darüber, daß er will, das Volk möge fromm und demütig sein, das Schicksal den Mächtigen und Weisenden anvertrauen und sich in stummem Gehorsam üben. Aus dem Widerstande des Vatikans gegen die Uebnahme von Abgeordnetenmandaten durch Geistliche daher etwa den Schluß zu ziehen, daß er den Grundsat des Schöpfers des katholischen Glaubens: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“, befolgen wolle, wäre höchst verfehlt. Was Rom will, ist, daß die Geistlichen mehr hinter den Kulissen bleiben, sich weniger an die Spitze der weltlichen Machtbestrebungen des Merikalismus stellen, denn als deren Drahtzieher sich zu betätigen. Es soll alles bleiben, wie es ist, nur möchte

Banken und Volkswirtschaft.

Kurz nacheinander sind zwei Banken in der Tschechoslowakischen Republik in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Im November wurde die Definitivität überrascht durch die Vorgänge in der Mährisch-schlesischen Bank, wodurch voraussichtlich tausende von Menschen zu Schaden kommen dürften, und dieser Tage ist es die Bohemia-Auslandsbank, welche derart große Verluste erlitten hat, daß, wie die erste Meldung des „Prager Tagblatt“ lautete, „die Bank vor dem Zusammenbruch stehe“. Schon daß zwei solche Fälle sich in verhältnismäßig kurzer Zeit ereignen, deutet darauf hin, daß diesen Vorgängen nicht Zufälle zugrunde liegen, sondern daß die geschäftlichen Mißerfolge der beiden genannten Banken tiefere Ursachen haben, welche in dem eigenartigen Wirtschaftsleben dieses Staates begründet sind.

Nach dem Umstur, während der geschäftlichen und gewissermaßen auch politischen Konjunktur der Nachkriegszeit schossen kleinere Banken in der Tschechoslowakei aus dem Boden wie Pilze nach dem Regen und für die bestehenden Banken — auch die Bohemia-Bank ist eine Gründung der Vorkriegszeit — war eine gute Zeit gekommen. Nicht nur die wirtschaftliche Konjunktur war diesen Banken förderlich, sondern auch die politische, indem die tschechischen Banken von der Regierung gefördert wurden, wie beispielsweise bei der Ueberführung von Renten, die auf österreichische Kronen lauteten, in die Tschechoslowakei, wo sie nun tschechoslowakische Kronen wert waren.

Aber es zeigte sich bald, daß der Segen nicht von langer Dauer war. An die Spitze dieser verschiedenen Institute wurden Leute gestellt, die nicht immer über das genügende ökonomische und Fachwissen verfügten, das nötig war. Vielfach beriefen die Verwaltungsräte an ihre Spitze einflussreiche Politiker, weil sie so hofften, in gute Beziehungen zur Regierung und den herrschenden Parteien zu kommen. Jede tschechische bürgerliche Partei verfügte so über einige Banken, die Bohemia-Bank scheint als dauerndes Besitztum der Agrarier angesehen worden zu sein, da an ihrer Spitze erst der agrarische Abgeordnete Sonntag, später dessen Parteifreund Dr. Kubisek stand.

Eine Eigentümlichkeit des Bankgeschäftes nach dem Kriege war es auch, daß sich die Banken zu sehr auf Warengeschäft verlegten. So hatte die Bohemia-Bank Waren (Filme) gekauft, ohne daß die leitenden Persönlichkeiten von diesen Waren etwas verstanden, sodaß sie sie mit großem Verluste wieder loschlagen mußten. All die Export- und Importgesellschaften, welche die Banken gründeten, sind nichts als Seifenblasen gewesen, die im Lichte der Konjunktur der Nachkriegszeit in allen Farben glänzten, die aber

der Vatikan die Zahl der immer zahlreicher werdenden Merikalen Seppriester verringern, damit äußerlich zwischen der katholischen Kirche und der Merikalen Partei ein Trennungstrieb gezogen werde. „Seid klug wie die Tauben und listig wie die Schlangen“, — Rom hat stets nach diesem Grundsat zu handeln gewußt. Auch jetzt, da die Mächtigen und die oft rüden und verlogenen Formen des politischen Kampfes der Merikalen die nicht im Lager der Merikalen Partei stehenden Gläubigen der Kirche entfremden und der Abfallbewegung immer neue Nahrung zuführen, läßt sich der Vatikan von der Klugheit und List bestimmen; darum dringt er auf etwas geringere Teilnahme der geistlichen Personen am politischen Kampf.

Noch fühlt sich Rom zu mächtig, als daß es der Meinung wäre, auf die Gefühle der Gläubigen anders, als durch Beobachtung so äußerer Formen, wie es die Einschränkung der politischen Betätigung der Angehörigen des geistlichen Standes ist, Rücksicht nehmen zu müssen. Der Papst wird „mit sich reden lassen“ und Herr Monsignore Schramel wird gewiß mit einem Kompromiß in der Tasche heimkehren. Die proletarischen Massen wissen, daß, was immer in Rom vereinbart werden wird, der Merikalismus ihr erbittertester Feind, die Kirche das Herrschaftsinstrument der herrschenden Klassen bleibt und daß dies erst geändert werden kann, wenn die Macht der Kirche, die sie heute durch ihren Zusammenhang mit dem Staat und durch ihre ungeheueren Reichtümer besitzt, gebrochen sein wird.

barsten, als die Krise gekommen war. Der Rückgang der Preise und die Steigerung der tschechoslowakischen Währung haben es bewirkt, daß nicht nur die Gewinne dieser Gesellschaften zerfloßen, sondern oft auch das Kapital verloren war.

Aber auch die Art, wie diese Sorte von Banken das reine Bankgeschäft pflegte, hat zur Krise beigetragen. Ohne Kenntnisse der wirtschaftlichen Grundlagen von industriellen Gesellschaften wurden an einzelne Unternehmen allzu große Kredite gewährt. Beispielsweise hat die Bohemia-Bank der sogenannten „Epiag“, in der Hoffnung, daß die Konjunktur in der Porzellanindustrie lange dauern wird, Kredite gewährt, die gegenwärtig, bei der Krise gerade in dieser Industrie, naturgemäß schwer einbringlich geworden sind. Auch haben einzelne Banken zu sehr a la hausse der Krone spekuliert, daß heißt, sie haben ihr Kapital lieber in Aktien und Waren angelegt, weil sie glaubten, daß der Papiergeldwert dieser Aktien und Waren steigen werde. Inzwischen ist das Gegenteil geschehen, die tschechische Krone ist gefallen und die Banken haben an den Aktien und Waren Geld verloren. So ist beispielsweise an einem der letzten Tage der Wert einer „Epiag“-Aktie von 255 auf 210 Kronen gefallen, hat also ein Fünftel ihres Wertes eingebüßt.

Bemerkenswert ist, daß im Falle der Bohemia-Bank auch ein eigentümliches Licht auf das Vorgehen des tschechoslowakischen Bankamtes fällt. Vor einem Jahr hat das Bankamt alle Geldinstitute gewarnt, ihre Gelder bei der Bohemia-Bank anzulegen, woraus nebenbei gesagt die leitenden Funktionäre der Bohemia-Bank folgern, daß der Schaden, der dadurch angerichtet wurde, nun von der Regierung wieder wettgemacht werden müsse. Das Bankamt war also über die Lage der Bohemia-Bank bereits vor einem Jahre genau orientiert, es hat nur die Banken gewarnt, aber nicht die Einleger. Ueber dieses Vorgehen müßte die Regierung von den gesetzgebenden Körperschaften zur Rede gestellt werden.

Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß insbesondere die kleineren Einleger, die ihr Geld vertrauensvoll zur Bohemia-Bank getragen haben, nicht zu Schaden kommen. In dieser Hinsicht ist es also notwendig, einen Weg zu finden, durch den die Bank in die Lage versetzt wird, diese Einlagen zurückzahlen. Es scheint, daß die Regierung auf die Großbanken einen Druck ausüben will, damit diese die Sanierung der Bohemia-Bank in die Hand nehmen.

Die Vorgänge in der Mährisch-schlesischen und Bohemia-Bank sowie auch übrigens der Verkauf der Generalversammlung der Cesta Banka, die vor einigen Tagen stattgefunden hat und in der alle Anwürfe, die gegen die Geschäftsführung der letzteren Bank erhoben wurden, mit dem Hinweis auf den nationalen Charakter der Geschäfte der „Cesta Banka“ zurückgewiesen wurden, zeigen, welche enge Verbindung zwischen dem tschechischen Nationalismus und den Geschäften des Finanzkapitals besteht, und daß die enge Verknüpfung von Politik und Geschäft nicht gerade zum Vorteil der Bevölkerung und der Wirtschaft des Staates ist. Die wirtschaftliche Entwicklung spotter aller Bemühungen derer, denen die staatliche Selbständigkeit der Nation zum willkommenen Anlaß der Bereicherung geworden ist.

Inland.

Die Vorgänge in der tschechischen sozialistischen Partei.

Die Partei sendet ihre Vertreter nach Hamburg.

Am Montag fand in Prag die Tagung der erweiterten Parteivertretung der tschechischen Sozialisten statt, um zum Falle Erbensths Stellung zu nehmen. Der Beschluß des Vollzugsausschusses auf Ausschließung der Erbensthsgruppe aus der Partei wurde mit allen gegen sechs Stimmen zur Kenntnis genommen. Allerdings enthielten sich etwa 70 Delegierte der Stimmenabgabe. Abgeordneter Slaviček und Senator Klossa erklärten, daß, wenn die Ausschließung nicht genehmigt würde, der ganze Vollzugsausschuß und der Abgeordnetenkongress resignieren müßten.

Die Ausschließung begründete in einer längeren Rede Abg. Slaviček, dem Abgeordneten Erbensths antwortete. Er sagte unter anderem, daß das Auftreten der vier Abgeordneten nur den Vorwand für die Ausschließung bilde, denn einige Leute in der Partei waren bestrebt, diese wieder in ihre Vortragsbestände zu zerlegen. Es handelte sich um einen Angriff der Rechten auf die Existenz der tschechischen sozialistischen Partei in ihrer heutigen Form. Als er die heftigen Angriffe des Česko Slovo“ auf die Opposition zurückwies, erklärte Senator Klossa, die Verantwortung für diese Angriffe abzulehnen. Gegen die Ausschließung der Erbensthsgruppe sprachen in der Debatte der Kreisleiter Manena (Sauner Kreis), Dr. Kalandra (Mährisch-Osttrauer Kreis), Husak (Sauner Kreis) und der Bergarbeitervertrauensmann Ruzicka, der im Namen der Bergarbeiter des Nordböhmischen Reviers gegen die Ausschließung Erbensths protestierte. Sämtliche anderen Redner traten für die Ausschließung Erbensths ein.

Die Tagung beschloß ferner, den gewesenen Abgeordneten Hrouda aus der Partei auszuschließen und zwar wegen dessen Teilnahme an der „Nationalen Bewegung“. Weiter bestätigte die Tagung die Ausschließung Matulaa, der in Brünn die Zeitung der Opposition herausgibt. In der angenommenen Resolution heißt es: „Die tschechoslowakische sozialistische Partei verbart unerschütterlich auf ihrem sozi-

Große Erfolge der englischen Unabhängigen.

London, 20. März. Der Jahresbericht des Nationalrates der unabhängigen Arbeiterpartei ist gestern veröffentlicht worden. Er erklärt, das verfloßene Jahr sei „von unerhörter Tätigkeit“ auf Seite des Sozialismus gewesen. Er habe die größten Erfolge für die Partei seit ihrer Gründung zu verzeichnen. In dem Bericht wird mitgeteilt, daß von den 143 Arbeiter-

mitgliedern im Unterhause mehr als achtzig der unabhängigen Arbeiterpartei angehören. Während der letzten drei Monate seien 54 neue Zweigstellen der Partei im Lande gegründet worden. Ein großer Feldzug sei im ganzen Lande geführt worden, um die Idee des Sozialismus vollständig zu machen.

Die deportierten Irländer.

Sturmstößen im Unterhaus.

London, 20. März. Im Unterhause wurde der Antrag der Arbeiterpartei, in dem dagegen Einspruch erhoben wird, daß die Regierung es unterlassen habe, die Bedingungen zu beaufsichtigen, unter denen deportierte Personen in Irland interniert worden sind, mit 266 gegen 147 Stimmen abgelehnt. Vorher war es zu einer lebhaften Debatte gekommen. Als der Staatssekretär des Innern und der Generalsstaatsanwalt sprachen, wurden sie von den Mitgliedern der Arbeiterpartei häufig unterbrochen. Die Regierungsbahänger verlangten, daß die Ruhestörer aus dem Saale entfernt würden. Der Sprecher mußte mehreremale eingreifen. Die Erörterungen nahmen schließlich eine ruhigere Form an. Der Generalsstaatsanwalt erklärte, die Freiheitsregierung habe die Verpflichtung übernommen, für den Schutz der internierten Personen zu sorgen und sie sofort freizulassen, wenn der bewachte Ausschuß, der die Fälle prüft, die Freilassung anempfiehlt. Ferner wurde von der Regierung betont, daß die betreffenden Personen nur

interniert würden, daß ein weiteres Vorgehen gegen sie nicht erfolgen dürfe, außer wenn die britische Regierung hierzu ihre Zustimmung erteile.

Anfragen über den Militarismus der Nachbarstaaten im Unterhaus.

London, 19. März. (Reuter.) Abg. Morel fragte im Unterhause, ob der englischen Regierung etwas über Ankäufe englischen Kriegsmaterials seitens der polnischen und der jugoslawischen Regierung bekannt sei. Weiters wieviel Truppen gegenwärtig Polen, Jugoslawien, die Tschechoslowakei und Ungarn haben. Der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Guiney, erklärte in seiner Antwort, daß ihm von darrigen Ankäufen nichts bekannt sei. In Beantwortung des zweiten Teiles der Anfrage gab er bekannt, daß nach den in seiner Hand gegenwärtig befindlichen besten Informationen Polen ein Heer von 275.000, Jugoslawien eines solches von 165.000 Mann, die Tschechoslowakei von 150.000 Mann und Ungarn 35.000 Mann hat.

alistischen Charakter und steht mit ihrer ganzen politischen Kraft hinter den Forderungen des arbeitenden Volkes. Diefem Standpunkt widerspricht nicht der Umstand, daß die Partei als staatsbildende Partei die Regierungskoalition mit den anderen staatsbildenden Parteien bildet. Bei ihrem Charakter als nationale Partei stellt sich die Partei gegen alle, die einen staatlischen Umsturz vorbereiten wollen. Das wird offen sowohl an die Seite der antistaatlischen Irredenta und des utopischen Lügensozialismus erklärt, als auch an die Adresse des zerstörenden Chauvinismus, wie er sich in der sogenannten „Nationalen Bewegung“ zeigt. Der Vollzugsausschuß der Partei hat durch seinen einstimmigen Beschluß, den internationalen sozialistischen Kongress in Hamburg zu beschicken, bewiesen, daß er keine Gelegenheit vorübergehen läßt, um auch auf internationalem Forum seine sozialistischen Grundsätze zu betonen und mit den anderen Sozialisten der Welt an der Sicherung des Weltfriedens, welcher die Vorbedingung für einen erfolgreichen Kampf um die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ziele des Sozialismus bildet, mitzuarbeiten.

Zum Schluß erklärt die Resolution, daß die Partei unerschütterlich auf ihren beiden Grundideen, der sozialistischen und der nationalen beharre.

Haftnachsicht ist doch schon vorüber! . . .

Ein tschechisch-sozialdemokratisches Blatt gegen das Schutzesetz. Das in Kuttnerberg erscheinende sozialdemokratische Blatt „Rodbysko“ schreibt: „Das Gesetz zum Schutze der Republik kann keinem grundsätzlichen Sozialisten oder Demokraten sympathisch sein, denn es bedeutet theoretisch die Unterbrechung der Freiheit und wird daher in der Praxis desto eher ohne Umschweife auf alle drücken. Das Schutzesetz ist nicht sympathisch, ja noch mehr, es ist ein Schimpf für die tschechische Nation, daß sie, von der man in der Welt erzählte, sie sei eine der zivilisiertesten und gebildetsten Nationen mit fesseln unerwarteter Vorkehrungen gebunden werden muß.“ Es ist erfreulich, daß sich wenigstens ein tschechisch-sozialdemokratisches Organ findet, das vom Schutzesetz nicht so begeistert ist, wie etwa das „Pravo Lidu“.

Der schulfreudliche Landesverwaltungsaußschuß und Landeschulrat. Der Ortschulrat der Gemeinde Mosern im Aulitzer Schulbezirk, welcher wegen Klassenüberfüllung um die provisorische Errichtung einer dritten Klasse ansuchte, erhielt einen Erlaß des Landeschulrates vom 20. Feber 1923, Zahl 727, zugestellt, in welchem es eingangs heißt:

„Das Ansuchen des Ortschulrates in Mosern wird mit dem Bedenken zurückgestellt, daß der Landesverwaltungsaußschuß zur Errichtung einer provisorischen aufsteigenden 3. Klasse seine Zustimmung nicht gegeben hat, da es möglich war, die Ueberfüllung der dritten Klasse durch Vergrößerung des Klassenimmers — da eine Klasse aufgelassen wurde — zu beseitigen.“

Also einer Klassenüberfüllung kann man durch Vergrößerung des Klassenimmers begegnen. Diese Weisheit zur Begründung eines abweisenden Bescheides zeigt, daß wir von den Herren Referenten des Landeschulratsausschusses und des Landeschulrates noch manches neue zu erhoffen haben.

Die Opposition des Abgeordneten Hales, die allerdings nicht herrschaftlich ist, steht vor dem unfreiwilligen Sprunge aus der tschechischen agrarischen Partei. Schon bei der letzten Rede des Abgeordneten Hales fiel es auf, daß keine Klubkollegen über die etwas mysteriösen Ausführungen des Abgeordneten Hales lachten, während die Mexikalischen Beifall klafften. Der Abgeord-

nete Hales hat nun die Partei ersucht, es möge ihm bewilligt werden, in ihrem Rahmen eine selbständige christlichsoziale Bauernfraktion zu bilden. Eine Beratung der Vertrauensmänner der agrarischen Partei hat diese Forderung abgelehnt, und den Abgeordneten Hales aufgefordert, aus der Partei auszutreten. Abgeordneter Hales dürfte wohl dieser Aufforderung Folge leisten und den Weg in die allein selig machende Schwarmepartei suchen und finden.

Telegramme.

Englische Arbeiterführer ins Ruhrgebiet.

London, 20. März. (Havas.) Die Abgeordneten der Arbeiterpartei Adamson, Duxton, Shaw und General Thomson werden morgen über Paris in das Ruhrgebiet abreisen.

Andeutungen über Deutschlands Reparationsvor schläge.

London, 19. März. (Tsch. P. B.) Bonar Law teilte heute im Unterhause mit, es treffe nicht zu, daß Deutschland kürzlich endgültig Frankreich 7500 Millionen Dollars, das sind ungefähr 1600 Millionen Pfund Sterling, als Regelung der Reparationen ausschließlich der bereits geleisteten Reparationen in Barm, Kohle, Eisen und Waren angeboten und daß Frankreich dieses Angebot abgelehnt habe, ohne einen Alternativ-Vorschlag zu machen. Der Premierminister fügte jedoch hinzu, daß unter gewissen Bedingungen Deutschland zur Zeit der alliierten Konferenz in Paris beabsichtigt habe, ein Angebot von anderthalb Milliarden Pfund Sterling zu machen. Die britische Regierung sei damals der Ansicht gewesen, daß bei Gewährung eines Moratoriums zweieinhalb Milliarden Pfund innerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands liegen würden, aber diese Vorschläge seien von den Alliierten nicht angenommen worden.

Meldungen über einen Gefinnungsumschwung in Dentignano.

Düsseldorf, 20. März. (Tsch. P. B.) Es scheint, als ob eine interessante Wendung in der Politik der deutschen Regierung, vorläufig zumindest in der Ruhrfrage, unmittelbar bevorsteht. Bis jetzt war bekanntlich den deutschen Beamten der Verkehr mit den französischen Behörden verboten. Wie gemeldet wird, hat nun der Regierungskommissar von Münster die deutschen Behörden im Ruhrgebiete ermächtigt, mit den französischen Behörden zu verhandeln, doch muß er in jedem einzelnen Falle davon verständigt werden. Eine ähnliche Lösung scheint auch in die bürgerlichen Kreise gedrungen zu sein. In Witten, südlich von Bochum, hat der Gemeinderat selbst den französischen Kommandanten um alle bisherigen Abmachungen gebeten, um sie der Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. In Bochum haben sich die Redakteure zweier örtlicher Blätter beim Kommando eingestellt, um sich wegen der Veröffentlichung falscher Meldungen über eine französische Vergewaltigung zu entschuldigen, wobei sie die Richtigkeit dieser Meldungen versprachen. Schließlich hat die Warrtroyer Bergarbeiterschaft, welche bisher alle Kohlenrequisitionen für die französischen Militärlächen mit Streifen beantwortet hatte, erklärt, daß sie diese Angelegenheit mit den Franzosen freundschaftlich regeln wolle.

Man wird mit der Behauptung, daß diese Aenderung der Beziehungen zu den Okkupations-truppen der Verbote einer in Berlin sich vorbereitenden politischen Wendung ist, sich nicht weit von der Wahrheit entfernen. Die deutsche Regie-

rung und ihre Mehrheit sollen entschlossen sein, trotz allem nationalsozialistischen Terror und Druck gleich nach Schluß der gegenwärtigen Reichstagsession zur Ausarbeitung konkreter Vorschläge zur Lösung der jetzigen verwinkelten Situation zu schreiten. (Es ist geboten, dieser Meldung, der man die französische Herkunft anmerkt, mit aller Vorsicht zu begegnen. D. Red.)

Hart auf Hart.

Berlin, 20. März. (Eigenbericht.) Die Franzosen legen die Veruche fort, Galdenkohle wegzuschaffen. Die Arbeiterschaft beantwortet jeden Raubversuch mit sofortiger Arbeitseinstellung.

Ein englischer Garantieplan.

Berlin, 19. März. (Tsch. P. B.) Die „B. Z. am Mittag“ berichtet aus Paris: Nach einer Meldung des Londoner Berichterstatters des „Echo de Paris“ ist die englische Regierung mit der Prüfung mehrerer Pläne für die europäische Sicherheit, das heißt mit der französischen Forderung einer Rheingarantie beschäftigt. Der Berichterstatter glaubt zu wissen, daß man einem Dreiervertrag zwischen England, Frankreich und Belgien günstig gegenüberstehe, der die internationale Autorität des Völkerbundes unterstüzt und die Sicherheit der Rheingrenzen garantiert. Der Berichterstatter glaubt jedoch, daß dies nicht alles sein würde, sondern daß auch noch ein anderes Projekt vorliege, das ausgedehnte Garantien für den Osten Europas ins Auge faßt.

Blutige Märzfeier in München.

München, 19. März. (Tsch. P. B.) Hier kam es anläßlich der Märzfeier bei der Abfindung des Deutschlandliedes zu einem Zusammenstoß zwischen Sozialisten und Nationalisten. Dem republikanischen Jugendbund wurde von Nationalsozialisten die Fahne zerrissen. Ein Nationalist wurde durch einen Messerstich getötet, drei Teilnehmer durch Revolververhüße verletzt. In einer vom Obersten Kstlander einberufenen deutschvölkischen Versammlung kam es gleichfalls zu gefährlichen Ausschreitungen.

Sozialdemokratische Demonstration gegen die Hitlerleute in München.

Berlin, 20. März. (Eigenbericht.) Sonntag machten die Münchener Nationalsozialisten wieder Aufzüge in die Umgebung, wobei sie auf den Bahnhöfen die schwarz-rot-goldenen Fahnen des Reichsbundes herunterrissen. Da die Regierung, die übrigens gegen dieses Treiben nichts unternahm, den Festtag zum Staatsfeiertag erklärt hatte, benutzte die sozialdemokratische Sicherheitsorganisation den freien Tag zu einer Demonstration in die Umgebung Münchens. Die Sicherheitsleute trugen rote Bänder mit schwarz-rot-goldenen Querstreifen und der Zug, der etwa 2000 Mann stark war, machte einen würdevollen Eindruck. Man kann mit Genugtuung feststellen, daß die Münchener Arbeiter ein Mittel gefunden haben, um dem Treiben der Hitlerleute Einhalt zu gebieten. Von diesen wird die Sicherheitsorganisation, wie zu erwarten war, als rote Armee denunziert.

Keine Auflösung der bayerischen Hitler-Sturmtruppe.

München, 20. März. Im bayerischen Landtag wurde heute der Antrag der Sozialdemokraten auf Auflösung der nationalsozialistischen Sturmtruppe behandelt. Die Regierung erklärte, daß sie einer Auflösung der Sturmtruppe nicht näher treten könne, wie sie auch einem allgem. Verbot der nationalsozialistischen Partei entsprechend der Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht zustimmen könne. Sie werde aber den Ausschreitungen in einzelnen Fällen begegnen. Der Staatsanwalt habe bis jetzt keine Veranlassung zu einem Vorgehen gesehen. Die Mehrheit des bayerischen Landtages billigte diese Haltung der Regierung. Die Kampfverbände der watersändischen Bezirksvereine, der Reichsflaage, des Bundes Oberland, der Organisation Niederböhern und der Nationalsozialisten haben sich zur Förderung des Behauptens zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen.

Die Untersuchung gegen Leutnant Kockbach.

Berlin, 20. März. (Eigenbericht.) Die Führer der Deutschvölkischen versuchten vergebens, den Leutnant Kockbach freizubekommen. Die Polizei will erst das Anlagematerial feststellen, bevor sie über eine Freilassung unterhandelt. Die Beschuldigungen sind so schwerwiegend, daß keine Einzelheiten mitgeteilt werden können, damit der Gang der Untersuchung nicht gestört wird.

Arbeitslosendemonstration in Stettin.

Berlin, 20. März. (Tsch. P. B.) Wänter-meldungen aus Stettin zufolge gestern ein Trupp von Arbeitslosen nach Schluß einer Versammlung zur Privatwohnung des Oberbürgermeisters Dr. Adernann. Einige Burfchen drangen in die Wohnung ein und geräumten die Fensterscheiben und die Möbel. Ein anderer Trupp zog nach der Stadt und stürzte das Caféhaus „Monopol“. Tische und Stühle wurden zer schlagen und den anwesenden Gästen, die ausländerstoben, die Garderobe gestohlen. Die Menge zog weiter nach dem Rathaus, wo sie von einem starken Polizeiaufgebot aufgehalten wurde. Eine

ins Rathaus eintreffende Abordnung wurde verhaftet. Nach der Drohung der Polizei, von der Waffe Gebrauch zu machen, zerstreute sich die Menge.

Ministerium Zeigner in Sachsen.

Dresden, 20. März. (Eigenbericht.) Die von uns im Auszug bereits mitgeteilten Richtlinien, auf die sich das Verhandlungskomitee der sächsischen Sozialdemokraten und Kommunisten geeinigt hatte, wurden in den beiden Parteiversammlungen am Montag endgültig zum Beschluß erhoben. Es wird danach eine rein sozialdemokratische Minderheitsregierung gebildet werden. Der bisherige Ministerpräsident Genosse Budt tritt zurück und wird ersetzt durch den jetzigen Justizminister Dr. Zeigner. Genosse Zeigner gilt als eine Persönlichkeit, die sich besonders um die Reform der sächsischen Justizverwaltung nach sozialdemokratischen Grundgedanken große Verdienste erworben hat. Der sächsische Landtag tritt morgen zusammen und wird den vorgeschlagenen Ministerpräsidenten mit der Kabinettsbildung betrauen. In dem neuen Kabinett, das nach Ostern ins Amt treten wird, werden, wie Ihr Berichterstatter erfährt, eine Reihe neuer Männer Funktionen übernehmen.

Die österreichischen Vorkriegsschulden.

Wien, 20. März. Die Konferenz der Nachfolgestaaten über die Vorkriegsschulden Österreich-Ungarns wurde gestern, den 19. d., in Wien eröffnet. An den Beratungen nehmen teil: Die Mitglieder des Reparationskomitees der Reparationskommission Poincaré, Dr. Blaj und Dr. Dolzani, für die Tschechoslowakei Ministerialrat Dr. Hladky, Dr. Brabec, für Italien Comendatore Bizighelli, für Rumänien Reuleca und Antonescu, für SSZ der Direktor der Nationalbank Novakovic, für Polen Sektionschef Dr. Smolka, für Österreich Ministerialrat Dr. Warentku, für Ungarn Ministerialrat Hiskundri. Die Beratungen werden einige Tage andauern.

Die passive Resistenz der österreichischen Postler.

Wien, 20. März. (Eigenbericht.) Die passive Resistenz der Postler ist in vollem Gange. In den Reihen der Postler herrscht große Erbitterung darüber, daß die Regierung keine Vorschläge macht. Morgen sollen um fünf Uhr nachmittags die Verhandlungen beim Bundeskanzler fortgesetzt werden.

Wien, 20. März. In Angelegenheit der passiven Resistenz der Post- und Telegraphenangestellten hat der Nationalrat eine Vermittlungsaktion zur Erzielung einer Annäherung zwischen der Regierung und den Vertretern der Angestellten eingeleitet. Es ist deshalb Hoffnung vorhanden, daß die Beratungen zum Ziele führen werden.

Aus dem ungarischen Parlament.

Haus und Regierung gegen die Studenten-Ausschreitungen.

Wien, 20. März. (Eigenbericht.) Die „Erwachenden Ungarn“ haben sich bewegen lassen, auf den Sturz der Regierung zu verzichten. Lediglich der Finanzminister soll wegen des Kronensturzes demissionieren. In der heutigen Sitzung der ungarischen Nationalversammlung forderte der Abgeordnete Tiller namens der Studenten, die den Kampf mit der Polizei hatten, von der Regierung Genugtuung. Es kam zu scharfen Zusammenstößen mit der Opposition. Fast das ganze Haus, aber auch die Regierung nahmen gegen die Ausschreitungen der Studenten Stellung.

Streitgespräch im englischen Baugewerbe

London, 20. März. Neuer weiser: Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber und Arbeitnehmern im Baugewerbe sind heute gescheitert, nachdem das Ergebnis unter den Arbeitern bekannt geworden ist, die mit 140.942 gegen 12.506 Stimmen die Vorschläge der Arbeitgeber ablehnen. Die Mehrheit reicht aus, um es der Gewerkschaftsleitung zu ermöglichen, bei Ablauf der gegenwärtigen Arbeitsbedingungen am 31. März den Streik zu erklären.

Grippezeit beim Kassenarzt.

Auch in früheren Zeiten hat der Kassenarzt während einer Grippe-Epidemie zu lachen keinen Grund gehabt, aber seit der bösartigen Zeuche von 1918, die so viele junge Menschen dahingerafft, ist die Angst in die Menschen gefahren. Tut einer einen Nieser und hustet zweimal im Vormittag, so ist ausgemacht, daß er eine Grippe mit Lungenerkrankung hat und der Doktor kann gar nicht schnell genug zur Stelle sein. Ueberdies — der ärztliche Besuch kostet ja nichts und die Grippe ist von einem etwas verbitterten Kassenarzte nicht ganz unrichtig als Krankheit definiert worden, die bösartige, eine ärztliche Behandlung erfordernde Formen nur dann annimmt, wenn der Patient einer Krankenkasse angehört. Allerdings kann man auch nach dieser Richtung zwei Gruppen unterscheiden: die wirklichen Arbeiter, gleichgültig, ob Kopf- oder Handarbeiter, die sich als solche fühlen und aus ihrem Arbeiterbewußtsein für die Schwierigkeiten und Mühen des ärztlichen Arbeitens Verständnis haben. Daneben aber jene Zwischenschichten, die zwar ebenfalls Arbeiter sind, aber in ihrem Bewußtsein so fest mit der bürgerlichen Welt verknüpft sind, daß sie wähen, immer noch einem imaginären „Mittelstand“ anzugehören. Jedenfalls bringt es diese falsche Auf-

Das neue serbische Parlament.

Die Mehrheit bilden Radikale, Demokraten und nationale Minderheiten.

Belgrad, 20. März. (Abf.) Nach den letzten Wahlergebnissen setzt sich das neue Parlament endgültig wie folgt zusammen: Radikale einschließlich radikale Muselmanen aus Südserbien 122, kroatische Bauernpartei Radic 70, Demokraten 52, muslimanische Organisationen in Bosnien 18, slowenische Volkspartei 22, serbische Agrarier 9, nationale Minderheiten 7, römisch-katholische Serben 3, Sozialisten 3 und montenegrinische Föderalisten 2. Die restlichen 6 Mandate entfallen auf außerhalb der Parteien stehende Abgeordnete.

In der Stupschina verfügt die aus der verfassungstreuen Gruppe bestehende Mehrheit, welche die Radikalen, Demokraten und nationalen Minderheiten umfaßt, über mehr als 180 Stimmen. Die übrigen Stimmen entfallen auf die revisionistischen Gruppen.

Die Internationale.

Friedrich Adler hielt vor kurzem vor den Wiener Vertrauensmännern eine Rede, die nun unter dem Titel „Die Bezeichnung des Ruhrgebietes und die Internationale“ gedruckt vorliegt. Sie wurde gehalten angesichts der Wiederholung von 1914, die wir trauernd durchleben und sie wird nicht verfehlen, überall als ein Appell an die internationale Besinnung zu wirken, der in der gegenwärtigen Situation keineswegs überflüssig scheint. Steigen nicht die übelsten Erinnerungen auf? Wurde nicht der Sekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, Genosse Jimmen, in der deutschen Parteipresse getadelt, weil er den deutschen Arbeitern vor allem den Kampf gegen die deutschen Kapitalisten empfahl? Haben nicht einzelne deutsche Sozialdemokraten den Standpunkt vertreten, da ein Kampf gegen zwei Fronten nicht möglich sei, müsse der gegen den deutschen Kapitalismus zunächst „vertagt“ werden? Ist nicht andererseits in den Diskussionen innerhalb der belgischen Partei das häßliche Wort gefallen: wenn etwas zu bedauern sei, so, daß die Gewalt so spät komme? Diese Tatsachen beweisen zur Genüge, daß die Kollisionslage gegenüber 1914 nicht nur bei den Imperialisten, sondern vielfach auch bei den Sozialisten eine Umkehrung der nationalen Verhältnisse, aber keineswegs eine Abkehr vom Nationalismus mit sich gebracht hat.

Mit diesem Vergleich zwischen 1914 und 1923, zwischen dem Einmarsch in Belgien und dem Einmarsch ins Ruhrgebiet, beginnt Friedrich Adler seine Darstellung. Jetzt und damals, haben und drüben, kämpfen Kapitalistengruppen um dieselben Gegenstände wirtschaftlicher Macht, um die großen Erz- und Kohlenlager des deutsch-französischen Grenzgebietes. Aber die Vorwände für die Geschäfte des Großkapitals sind heute ebenso schwer zu durchschauen, als es 1914 die Parolen: „Gegen den Jarrismus!“ und „Gegen den preussischen Militarismus!“ waren. Dieser deutsche Militarismus hat es vermocht, durch rechtzeitigen Ueberfall den Krieg in das Land des Gegners zu tragen, aber diesen Erfolg, wie alle anderen Großtaten der Tirpitz und Ludendorff, büßt heute das deutsche Volk, da die Wiedergutmachung der furchtbaren Kriegsschäden zum bequemsten Vorwand umgekehrter Gewaltpolitik gemacht werden kann. So konnte es kommen, daß sich hinter dem Ruf nach dem Wiederaufbau der Ruinen von gestern, die furchtbare Gefahr der Ruinen von morgen birgt.

Aber so kann es auch geschehen, daß dem Protest der französischen und belgischen Sozialisten der Hinweis antwortet: wir kennen die Bezeichnung! und daß dieser Hinweis nicht

widerlegt werden kann durch die Berufung auf einen Protest der deutschen Sozialdemokratie gegen den Einmarsch in Belgien. Damit ist schon die ganze Schwierigkeit der Abwehraktion gekennzeichnet, die Adler nun in seinen weiteren Darlegungen schildert. In Deutschland ist an der Frage dieser Abwehr die alte Trennungslinie innerhalb der Fraktion und der Partei wieder sichtbar geworden. In Frankreich und Belgien wird die Haltung der Sozialisten durch die Verquickung der Ruhrfrage mit dem Reparationsproblem erschwert; aber die Taktik, der Abkehrung der Reparationen voranzustellen, läßt doch den wahrhaft internationalen Gesichtspunkt nicht aufkommen, der das französische und das belgische Proletariat vom Sozialpatriotismus lösen, es zur Erkenntnis führen könnte, daß der Amerionswahnsinn keine spezifisch deutsche Krankheit ist, zur Erkenntnis der Aufgabe „gegenüber der billigen Wahrheit, daß der deutsche Militarismus an den Zerstörungen schuld sei, die tiefere Wahrheit zu verkünden, daß jeder Militarismus in sich die Fähigkeit zu allen Verbrechen habe.“

Aber die Schwierigkeiten der proletarischen Aktion sind nicht nur innere, auch äußere. „Im Jahre 1914 war das relative Recht auf der Seite Frankreichs und Belgiens, die den deutschen Angriff erlitten. Heute ist das relative Recht ebenso unzweifelhaft auf der Seite Deutschlands, das dem Vormarsch des französischen Imperialismus ausgeliefert ist. 1914 lag der Schlüssel der Situation in Deutschland... heute liegt der Schlüssel der Situation in Frankreich und Belgien... Aber 1914 lag der Schlüssel der Situation bei der stärksten Partei des Weltproletariats. Heute liegt er bei einer, die leider gegenwärtig zu den schwächsten zählt.“ Ist es für die Schwäche des internationalen Denkens noch heute verhängnisvoll, daß die französischen und belgischen Sozialisten stets nur jenes relative Recht ihrer Länder, und niemals „das absolute Unrecht aller kapitalistischen Regierungen“ sahen, so ist für die Schwäche des internationalen Handelns entscheidend, daß die französische Arbeiterkraft kraftlos und gespalten ist.

Von der Problemstellung 1914—1923 über das Problem Deutschland—Frankreich führt so der Gedankengang folgerichtig zur Frage des Verhältnisses zwischen internationalem Denken und internationalem Handeln. Von dem Gesichtspunkt aus, daß das eine die unerläßliche Voraussetzung des anderen sein muß, ist zu begründen, was an internationaler Verständigung zwischen den Sozialisten aller Länder in den Jahren seit dem Krieg hergestellt werden konnte — so etwa das proletarische Reparationsprogramm der Jünsländerkonferenz

—, von diesem Gesichtspunkt ist aber auch das Problem der internationalen Organisation zu unteruchen. Die Vorgänge der letzten Wochen haben manche Enttäuschung und manchen Zweifel an der bedürftigen Einigung der sozialistischen Parteien begründet. Adler spricht es unumwunden aus, daß „dieser Fortschritt im Umfang der internationalen Organisation erkauft wird mit einem Rückschlag im internationalen Denken, das diese Organisation befunden kann. Es ist also keineswegs überflüssige Begeisterung, die uns nach Hamburg führt. Wenn es zur Vereinigung unserer Internationalen Arbeitsgemeinschaft mit der zweiten Internationale kommt, ist dies von unserer Seite bei weitem keine Liebesheirat, sondern eine reine Verknüpfung. Aber alle ruhige Ueberlegung spricht dafür, diese Vereinigung tatsächlich zu vollziehen.“ Dafür sprechen die Fehler der russischen Bolschewisten, die heute praktisch viel tiefer in das Fahrwasser russischer nationaler Gesichtspunkte geraten sind als irgendeine Partei der zweiten Internationale, das tragische Schicksal des russischen Bolschewismus, der den Sieg der proletarischen Revolution wollte und in Wahrheit ihre Verwirklichung hinausgeschoben hat. „Er wollte den Sieg des internationalen Denkens, und es ist kein Zweifel, daß das internationale Denken heute in der proletarischen Bewegung bereits die Oberhand gewonnen hätte, wenn nicht die Bolschewisten planmäßig die Kräfte, die im Dienst des internationalen Denkens standen, zerprengt hätten.“

So gilt es jetzt wieder zu sammeln und aufzubauen. „Wir Internationalisten sind uns klar, wach harte Arbeit im Dienste des internationalen Denkens zu leisten sein wird. Wir haben jederzeit unsere Taktik den gegebenen Tatsachen angepaßt und uns gesagt, daß wir keine Scheinsiege ersehnen wollen. So wollen wir auch auf dem Hamburger Kongreß kein schönes Programm durchsetzen, das dann nur auf dem Papier stehen bleibt, sondern zunächst die organisatorische Einheit schaffen und dann innerhalb des neuen größeren Rahmens Schritt für Schritt geh und unbeugbar weiterkämpfen für den Sieg des internationalen Denkens und damit die Voraussetzung schaffen für die Verwirklichung internationalen Handelns.“

In den Tagen, da wieder kraftmeierische Ablehnungen des „Geredes von Verhandlungen“ die gewaltigste Wägen der Luft erfüllen, da wieder einmal das Wort vom „Durchhalten“ gefährliche Verwirrung zu stiften droht, muß dieser Ruf nach internationalem Denken gehört werden.

Kohlensparnisse der deutschen Bahnen

Verwendung von Turbinenlokomotiven.

Berlin, 20. März (Wolff). Im Haushaltsausschuß des Reichstages erklärte bei der Etatsberatung über die deutschen Reichsbahnen ein Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, daß mehr als 90 Prozent der von der Reichsbahn verwendeten Kohle der Lokomotivdienst verbraucht. Die Reichsbahn arbeitet dauernd daran, diesen Verbrauch zu verringern. Sehr große Ersparnisse erhoffte man von der Anwendung der Dampfturbine im Lokomotivbetrieb. Die erste Turbinenlokomotive soll im Laufe dieses Sommers von Krupp fertiggestellt werden. Die Ausrüstung des gesamten Güterwagensparks mit der Kung-Amore-Verule soll Ende 1926 beendet sein. Von 1927 ab würden Handbremsen im allgemeinen nicht mehr verwendet werden, wodurch mindestens 30.000 Köpfe erspart würden.

fassung mit sich, daß diese Gattung Krankenkassenmitglieder erstens unaufhörlich Anlaß zur Beleidigung wittert, zweitens von ganz erstaunlicher Naivität im Forderung ist. Sie berufen den Arzt zu den unmöglichsten Stunden des Tages oder der Nacht, lassen ihn ins Haus kommen, auch wenn sie selbst ausgehen, oder rufen ihn, um das Rezept ihres „Hausarztes“, neben dem sie den Kassenarzt als Handlanger beschäftigen möchten, auf ein Kassenrezept „anzuschreiben“. Sie läuten in aller Morgenfrühe telefonisch an, finden es „ganz unglücklich“, daß sie ein Mitgliedsbuch in die Wohnung schicken sollen und erklären jedesmal kriegerisch, sich ihre „Maßnahmen“ vorzubehalten, in welcher Beschäftigung sie denn auch niemand stört. Von diesen undisziplinierten und ungebärdigen Menschen sticht der proletarische Kassenpatienten aufs vortheilhafteste ab. Bescheiden kommen sorgenvolle Mütter knapp vor acht Uhr, um dem Arzt ja nicht die Nachtruhe zu kürzen, und bitten unter vielen Entschuldigungen um einen Besuch. „Wenn's vielleicht heute noch möglich wäre“, heißt es zappelt, „meinen Bubens beurteilt's gar so arg“ und sie sind voll Dankbarkeit, wenn der Arzt rasches Kommen zusagt. Der „Bub“ ist dann zu meist zwei Köpfe größer als die Mutter, liegt im Bett, hat einen Schüttelfrost und die Quecksilbersäule des rasch eingelegten Thermometers klettert in bedenkliche Nähe der 40 hinauf. Er ist schon

seit drei Tagen krank, aber er hat den Herrn Doktor wegen dem „Schmarren“ nicht bemühen wollen. Ein junges Mädchen, die mutterseelenallein in der kalten Kammer liegt, hat eine bösartige Halsentzündung, eine andere hat richtig gewartet, bis die Trommelfelle beider Ohren vom Eiter durchbrochen wurden und den Arzt wegen der „Meningitis“ — eine beiderseitige Mittelohrentzündung mit rasenden Schmerzen! — nicht behelligen wollen. Solche Nebenerscheinungen der Grippe sind übrigens heuer sehr selten. Die Regel ist der hochfiebernde Kranke, der sich todunglücklich fühlt, mit verzweifeltstem Gesicht im Bette liegt und nur, ohne Rücksicht auf Kasse und Konfession, feststellen kann, daß ihm allgemein „nichts“ ist. Ist er gemessen, geklopft und zu heiß befunden worden, so wird in Windeseile aus einem Leintuch ein „Wickel“ hergestellt und dem zappelnden Patienten trotz allen Sträubens verabfolgt. Dann gibt es ein Rezept und die Verordnung: Lindenblütentee mit zwei Pulvern Aspirin — auf Wiedersehen, gute Besserung! Und schon ist der Arzt zur Tür und steigt zum nächsten Wickel. Manche Kranken protestieren allerdings gegen den Lindenblütentee noch energischer als gegen das nasse Tuch. Ein älterer Mann setzt sich sehr warm für eine Kognakur ein. Er hat gelesen, daß Kognak das einzige Mittel gegen die Grippe ist und daß es nichts Besseres gegen Fieber gibt.

Der Herr Doktor läßt sich leider von der Vorteilhaftigkeit dieses Heilmittels nicht überzeugen, sondern bleibt dem sanften Lindenblütentee treu. Schließlich sagt er scherzend: „Ja, wissen Sie, seitdem der Wein so teuer ist, daß sich der Doktor seinen mehr kaufen kann, seitdem verbietet er aus Reid das Trinken allen anderen auch“, und der Patient antwortet erfreut: „Sehen's, Herr Doktor, das war das erste gescheite Wort, daß sie gerade haben“. Der Doktor lacht noch auf der Stiege, trabt weiter — zum nächsten Kranken, den ganzen Vormittag hindurch. Wenn er nachhause kommt, so bellt und krächzt es schon in seinem Wartezimmer, das Telefon brüllt: „Herr Doktor, mein Mann hat schon wieder 39,2“ oder: „Bitt' schön, die Waki fängt jetzt auch an zum Beuteln“. Der Fettel neben dem Telefon füllt sich mit Adressen, Fiebertemperaturen, Bemerkungen und die Hüterin des Telefons bekommt die zarresten Geständnisse zu hören. Nach der Sprechstunde wird die ärztliche Maschine mit einem Staffee und zwei Nigarcten geheizt, dann geht es von neuem auf die Reise. Und wenn sich der Arzt spät abends in seine Decken wickelt, dann murmelt er im Einschlafen als Nachtgebet: machen Sie zweifelhafte einen Wickel und nehmen Sie ein Centi Aspirin.

Tages-Neuigkeiten.

Märzstürme.

Nur unter Stürmen entfendet sein „Werde!“
 Mahnend der Lenz in den schlummernden Schacht,
 Nur unter Stürmen erhebt sich die Erde,
 Wenn sie vom Schlafe des Winters erwacht.
 Sollen die eisigen Fesseln zerbrechen,
 Sollen sich Ströme und Fluren befrei'n,
 Willst Du den Lenz — nun so mußt Du auch
 sprechen:
 Stürme des Frühlings, brechet herein!
 Stürme des Frühlings auch gib's, wenn zum
 Streite
 Einmal die Geister des Volkes ersteh'n;
 Stürme des Frühlings auch sind's, die uns heute
 Wieder mit warnender Stimme umweh'n,
 Aber wer wollte vor ihnen verzagen?
 Winkt nicht im Morgen schon rosiges Schein!
 Voten nur sind sie von schöneren Tagen —
 Stürme des Frühlings, brechet herein!
 Brüder, verbunden durch einen Gedanken,
 Steh'n wir als Erben des Vätergeschlechts,
 Stehen im Sturm wie wir, ohne zu wanken,
 Fest auf dem Fels des beschworenen Rechts.
 Mögen auch heut wir im Kampfe erliegen,
 Hüllt auch noch einmal der Winter uns ein —
 Tagt doch ein Morgen, an welchem wir siegen!
 Stürme des Frühlings, brechet herein!
 Ernst Scherenberg.

Der Papst Zeff als Dichter. Die Deutsch-
 gelben erschienen am 18. März in einer Versamm-
 lung der Kleinbauern und Häusler in Liebo-
 titz. Daß sie dort eine gründliche Absfuhr erlit-
 ten, wäre allein nicht der Mühe wert, darüber
 besonders zu berichten. Aber der Sprecher des
 Kleinbauernverbandes, Genosse Schmidt, hielt
 den Sakentzählern, die in der Versammlung —
 so wie jetzt überall — den „Bund der Landwirte“
 anfielen, ein Gedicht vor, das den nationalso-
 zialistischen Abgeordneten Pabel zum Verfä-
 sser hat und in dem dieser den agrarischen Abge-
 ordneten Krepel gelegentlich eines „Bier-
 abends“ des „Bundes der Landwirte“ folgender-
 maßen anhimmelte:

„Nicht bloß der Erdmann Spiro
 Und auch der Bierhut g'miß
 Folgen Dir treu.
 Nein, auch der Kallina,
 Bobel und Kaffa da,
 Und auch der Pabel Zeff
 In solcher Reih!
 Mutig mit kühnem Schwung
 Sieht bei dir unser Jung,
 Topfer bereit.
 So folgen alle wir,
 Sei die Hif' noch so stier,
 Treu dir zu Kampf und Bier...“

Also sprach Pabel in jenen besseren Zeiten,
 da er mit Krepel und Bobel, mit Kallina
 und Kaffa, noch seelenvergnügt nicht nur bei Bier-
 abenden, sondern auch bei den Sitzungen des Par-
 lamentarischen Verbandes beisammen saß. Nun-
 mehr wird der blonde Bart des Pabel Zeff schon
 einige Monate in der „stolzen Reih“ vernichtet und
 Jung hat sich „mit kühnem Schwung“ von Bo-
 bel und Kaffa weggegeben. Pabel und Jung fol-
 gen jetzt nicht einmal mehr den Lodgman und
 Kallina „treu zu Kampf“. Wie es hierin beim
 Bier steht, ist uns allerdings unbekannt.

Das bürgerliche „Ideal“, das im Informaten-
 teil am „reinen“ zum Ausdruck kommt und das
 wir erst vor kurzem wieder an einer Annonce des
 „Prager Tagblatt“ aufzeigten, kommt in selb-
 stem Informaten aus der gestrigen Nummer
 desselben Blattes wiederum klar zum Ausdruck:

Bei Frauen

der höheren Zehntausend
 Bekanntheit gesucht.
 Briefe
 unter „Ideal...“

Der Wadere sucht ein Ideal: den Mann-
 mon. Und er sucht es dort, wo es in Massen vor-
 handen ist, bei den höheren Zehntausend der
 Kreisgegewinner, Buderer und Schieber, deren
 Frauen und Töchter sich ja alles leisten können,
 selbst einen „idealen“ Jährling.

Die Wahrscheinlichkeit der Kommunisten. Am
 Montag hatten die Kommunisten in Komotau
 eine Arbeiterversammlung, um die Arbeiter gegen
 unsere Partei anzuführen. Denn der Hauptredner
 in der Versammlung, ein gewisser Major, ver-
 schwieg vollkommen, was die sozialdemokratischen
 Stadtwerte für die Arbeiterlosen durchsetzen
 haben und hatte nichts Besseres zu tun, als die
 Arbeiterlosen gegen die von der Stadtgemeinde ver-
 anstaltete Ausspeisungsaktion aufzuheben. Er fand
 es nicht für notwendig, zu erklären, daß bisher
 keinerlei Beschwerde über die Ausspeisungsaktion an
 maßgebender Stelle eingebracht wurde, sondern
 kritisierte nur Mängel, die bei jeder Ausspeisungs-
 aktion vorkommen können. All diese Mängel
 wollen die Kommunisten dadurch mit einem Schlag
 beseitigen, daß sie die Kontrolle über die Küche
 für sich beanspruchen. Die Versammlung entfaude
 dann eine Abordnung ins Rathaus, der Vizebür-
 germeister Genosse Weigl erklärte, die Arbeit-
 losen mögen ihre Forderungen an die Gemeinde-
 verwaltung formulieren, damit darüber verhandelt

Große Demonstrationen der rumänischen Opposition.

Gegen die neue Verfassung.

Bukarest, 20. März. Die vereinigten Oppo-
 sitionsparteien, und zwar die Nationalpartei und
 die Bauernpartei, haben beschlossen, in ihrem
 Kampfe gegen die projektirte neue Verfassung
 außer der parlamentarischen Obstruktion auch
 außerparlamentarisch vorzugehen. Zu
 diesem Zwecke riefen sie für Sonntag eine große
 Versammlung ein, welche die Regierung zwar be-
 willigt, aber Straßendemonstrationen verboten
 hat. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe wurde
 Militär berufen, welches alle Hauptstraßen be-
 setzte. In der stark besuchten Versammlung, bei
 welcher zahlreiche Redner beider Oppositions-
 parteien gesprochen haben, wurde eine scharfe Reso-
 lution gegen die Regierung und gegen die vorge-
 schlagene Verfassung angenommen. Die Teilneh-
 mer an der Versammlung wollten dann einen Um-
 zug durch die Stadt veranstalten, wurden aber
 durch starke Militärkordons gehindert.
 Trotzdem gelang es aber einigen Gruppen, zu
 manifestieren und es kam zu Zusammen-

stößen, bei welchen mehrere Personen leicht
 verletzt wurden. Am Montag fand eine neue
 Versammlung der Oppositionellen statt, nach
 welcher es wiederum zu Straßendemonstrationen
 kam. Es war wieder Militär in den Straßen konzen-
 triert. Zahlreiche Personen wurden verhaf-
 tet. Am Abend sammelte sich eine Menschen-
 menge in der Calca Victoriei vor dem Klub der
 Nationalpartei und die Oppositionsführer sprachen
 vom Balkon zu der Menge. Die herbeigerufenen
 Militärfeuerwehr räumte mit Feuerspritzen
 spät nachts die Straßen. Die Opposition soll
 entschlossen sein, täglich Versammlungen
 abzuhalten. Im Parlament wurde über die Vor-
 fälle eine Interpellation eingebracht. Die Oppo-
 sition beschwert sich über die drastischen Maßnah-
 men, die Regierung dagegen, welche entschlossen
 ist, die Ruhe mit allen Mitteln aufrecht zu erhal-
 ten, beschuldigt die Opposition, daß sie Versuche
 unternehme, Unruhen herbeizurufen.

werden könne. Genosse Weigl erklärte der Ab-
 ordnung dann weiter, daß unsere Partei und die
 Gewerkschaft für jeden Arbeitslosen nach wie
 vor eintreten werde, welcher Partei immer er an-
 gehöre oder ob er auch indifferent sei, obwohl ja
 keine Verpflichtung besteht, für Indifferente sich
 einzusetzen. Was hat nun der Kommunist Major
 der draußen herrschende Menage gemeldet? Daß
 Genosse Weigl erklärt habe, nur für sozial-
 demokratisch organisierte Arbeiter eintreten
 zu wollen. Zu dieser läugerischen Demagogie der
 Kommunisten ist wohl für jeden vernünftigen den-
 kenden Arbeiter ein Kommentar überflüssig.

Zurückbarer Tod in der Grube. Aus Mähr.-
 Ostrau, 20. März, wird berichtet: Auf dem
 „Kronenschiefer“ in Horni Zuda, der einige
 Stockwerke in die Tiefe erweitert wird, stürzte bei
 dem Auspacken eines Stollens die Stützmauer zu-
 sammen und brückte den 40jährigen Arbeiter
 Mluda an einem Eisenträger, wobei ihm durch
 Stoß beide Beine beim Knie abge-
 schnitten wurden. Der Arbeiter ist an Ver-
 blutung gestorben. — Auf der Grube „Rova“
 in Zagh findet jetzt eine Untersuchung statt, ob es
 möglich wäre, das Kohlenfeld wieder zu eröffnen,
 wo am 20. Mai 1919 ein Brand ausbrach, und
 das nachher luftdicht vermauert worden war.

Ein sozialdemokratischer Wahlsieg. Sonntag
 fanden im niederösterreichischen Deutsch-
 Wagran die Gemeindevahlen statt. Die
 Wahlen wurden von den Christlichsozialen er-
 zwungen, die behaupteten, der sozialdemokratische
 Wahlerfolg im Jahre 1921 sei ein Zufalls-
 ereignis gewesen. Nunmehr traten Christlichsoziale
 und Deutschnationale mit gemeinsamer Liste als
 Wirtschaftspartei in den Wahlkampf, in welchem
 sie eine ungeheure Propaganda einleiteten. Der
 Erfolg war, daß auf die sozialdemokra-
 tische Liste 1916 Stimmen, um 234 mehr als
 bei den Nationalratswahlen, entfielen. Sie be-
 kommen demnach zehn Mandate, ebensoviel wie
 die bürgerliche Wirtschaftspartei, und mit den
 zwei Mandaten der Kommunisten, die 188 Stim-
 men aufbrachten, behält also die Arbeiterchaft im
 Gemeinderat von Deutsch-Wagran die absolute
 Mehrheit.

Lenins Befinden. Aus Moskau wird folgen-
 des Bulletin über den Gesundheitszustand Lenins
 vom 19. März gemeldet: Die Beweglichkeit des
 Armes und des Fußes vergrößert sich. Die Stö-
 rung der Sprechorgane unverändert. Der Ge-
 samtzustand ist ständig gut.

Zum Theaterbrand in Wiesbaden wird noch
 gemeldet: Das Feuer, das unmittelbar nach
 Schluß der Vorstellung ausbrach — es wurde
 Wagners „Rienzi“ gegeben — währte bis ein Uhr
 nachts. Auffallend war, daß die Feuerwehr von
 Mainz nicht zu Hilfe gekommen ist. Die
 Sperrung des Fernsprechverkehrs im besetzten Ge-
 biet hat ihre rechtzeitige Benachrichtigung wahr-
 scheinlich unmöglich gemacht. Der Schaden geht
 in die Milliarden. Der Betrieb des
 Theaters soll in dem sogenannten kleinen Hause,
 dem früheren Residenztheater, aufrechterhalten
 werden. Ueber die Entstehung des Brandes läßt
 sich noch nichts Bestimmtes sagen. Nach Meinung
 des Intendanten liegt entweder ein Schaden an
 der Gasleitung oder eine Explosion durch Kurz-
 schluß vor.

Ein „Gelber“ zur Bezahlung seiner Gewerkschaftsbeiträge verurteilt. Dieser Tage fand, wie
 unser Berner Bruderblatt, die „Berner Tagwacht“
 meldet, vor dem Bezirksgericht in Viesal im Kan-
 ton Baselland eine äußerst interessante Verhand-
 lung statt. Der Schweizerische Textil-
 arbeiterverband hatte den in der Säure-
 fabrik „Schweizerhalle“ beschäftigten Christian
 Gogel aus Pratteln wegen Nichtbezahlung seiner
 Beiträge eingeklagt. Gogel, der dem Textil-
 arbeiterverband beigetreten war, weigerte sich im-
 mer wieder, seine Beiträge zu bezahlen und
 sicherte sich, als er geklagt wurde, als Anwalt den
 Sekretär des Industriellenverbandes
 Dr. Meier in Viesal. Die Klage lautete
 auf Bezahlung der rückständigen Beiträge im Be-
 trage von 75 Franken. Der Anwalt des Beklagten
 stellte eine Klageantwortung zusammen, die
 ein Meisterstück von Verdrehung und Demagogie
 darstellte. So warf er dem Vorstand und Kreis-
 sekretariat des Textilarbeiterverbandes vor, daß

es verjährt hätte, nach der Vorschrift des
 Status die kapitalistische Wirtschaftsordnung in
 eine sozialistische umzuwandeln (!) und daß daher
 Christian Gogel triftige (!) Gründe gehabt
 haben, seine Beiträge nicht zu bezahlen. Die Wi-
 derlegung dieser und der weiteren Vorwände des
 Unternehmeranwalts war der Klagepartei ein
 Leichtes, zumal durch Zeugniseinvernahme ein-
 wandfrei die Haltlosigkeit gewisser Beschuldigung-
 en nachgewiesen wurde. Das Gericht fällte nach
 langer Beratung mit fünf gegen zwei bauerliche
 Stimmen die Entscheidung, daß Christian Gogel
 zur Bezahlung sämtlicher Gerichtskosten, einer
 Defretgebühre von 40 Franken und einer Partei-
 entschädigung von 100 Franken verurteilt wird.
 — Den Unternehmerfreund und „Gelben“ Gogel
 hat demnach der Prozeß 1050 Franken gekostet.
 Der Perrat an seiner Gewerkschaft ist ihm also
 teuer zu stehen gekommen.

Gründung einer Bauerninternationale. Im
 Herbst 1922 wurde in Brüssel eine Konferenz
 abgehalten, an der Vertreter verschiedener land-
 wirtschaftlicher Verbände Belgiens, Frankreichs,
 der Tschechoslowakei, Dänemarks, Englands, Hol-
 lands, Italiens, Norwegens, Schwedens teilnah-
 men. Der führende Kopf war der Getreidegroß-
 händler Boret, der frühere französische Land-
 wirtschaftsminister. Sein Programm, das von
 der Konferenz angenommen wurde, bestand im
 wesentlichen in der Erklärung, die Bauernschaft
 sei ökonomisch wichtig und stark genug, um ihre
 Forderungen in allen Ländern durchsetzen zu dür-
 fen und zu können. Diese Forderungen sind: der
 Weltfrieden allen imperialistisch-kriegeri-
 schen Tendenzen der Industrie zum Trotz,
 Ermäßigung der Zölle (insbesondere der Dünger-
 zölle) in allen Ländern; Bekämpfung des
 internationalen Sozialismus und
 aller unruhigen Elemente der Großstadt; Befämp-
 fung der „Flucht der Arbeitskraft in die Städte“,
 Einfluß der Bauern aller Länder auf die interna-
 tionale Politik. Dieses Programm wurde von
 den 5000 auf dem Kongreß anwesenden Bauern
 stürmisch begrüßt, denn es stellt zweifellos auch
 wirklich die Wünsche dar, die im und nach dem
 Kriege ungeheuer erstarkt, ihre Macht gegen die
 verhassten städtischen Schichten — insbesondere
 aber gegen das Proletariat geltend machen möchte,
 um endlich aus den Schutzstellungen des Indu-
 strialismus (Arbeitermangel, Kriege, Revolutionen,
 Streiks) zur Ruhe zu kommen. Ob es aber
 gelingen wird, auch eine internationale und in den
 Massen festverwurzelte Bauernbewegung zustande
 zu bringen, ist zu bezweifeln. Obgleich die Kon-
 ferenz dem Namen nach auch Landarbeiter ver-
 trat, ist die neu entstandene Organisation eher
 den Unternehmerorganisationen zuzurechnen und
 wird auch als solche im Genfer Internationalen
 Arbeitsamt die Interessen der landwirtschaftlichen
 Arbeitgeber vertreten. Die Geschäftsfüh-
 rung hat — bis zum nächsten Internationalen
 Kongreß — der englische Bund der Landwirte
 (The National Farmers Union) übernommen.

Frühlingsanfang. Heute, um 4 Uhr nachmittag
 überdreht die Sonne in ihrer scheinbaren Jah-
 resbahn den Schnittpunkt des Äquators mit der
 Ekliptik, den sogenannten Frühlingspunkt. Mit die-
 sem Eintritt der Sonne in das Zeichen des Wid-
 ders beginnt in astronomischem Sinne der Früh-
 ling; das Tagesgestirn wird nunmehr bis zum
 24. September über der nördlichen Halbkugel ver-
 weilen. In meteorologischer Hinsicht beginnt der
 Frühling allerdings schon am 1. März, entsprechend
 dem jahreszeitlichen Beginn der anderen meteorolo-
 gischen Zeitabschnitte am 1. Juni, 1. September
 und 1. Dezember. Daß diese Einteilung mit der
 tatsächlichen Gestaltung der Witterung besser über-
 einstimmt als die kalendrische Einteilung der Jah-
 reszeiten, zeigt sich in diesem Frühjahr wieder, das
 doch keineswegs mehr winterlichen Charakter hat.
 Die trockenen und heiteren, während der Stunden
 des Sonnenscheins schon recht milden Tage sind
 typisch frühlinghaft, wie überhaupt im Monat
 März helleres Hochdruckwetter nur noch unter ganz
 besonders ungünstigen Umständen ein winterliches
 Witterungsbild erzeugt. Freilich tritt der Frühling
 in Mitteleuropa fast nie gleichzeitig auf; gewöhnlich
 sind es die klimatisch begünstigten Gebiete im Süd-
 westen und Westen Deutschlands, wo zuerst, meist

sogar schon im Februar, Tage mit beträchtlicher Er-
 wärmung zu verzeichnen sind. Im Norden und
 Osten Mitteleuropas bedeckt zu dieser Zeit nament-
 lich nach kalten Wintern der Boden noch eine
 dicke Schneedecke; diesmal ist das allerdings nicht
 der Fall, da ja der Winter 1922—23 zu den milden
 gerechnet werden muß, wenngleich er im Februar
 namentlich im nordöstlichen Deutschland recht strenge
 war. Immerhin hat diese einzige, sehr spät ein-
 getretene vierzehntägige Kälteperiode des Winters
 sein bisheriges Bild nicht mehr ins Gegenteil ver-
 kehren können. Wie sich während des eigentlichen
 Frühjahrs die Witterung gestalten wird, läßt sich
 zurzeit nur annäherungsweise vermuten. Das
 Fehlen ungewöhnlicher Wärme, wie wir sie in
 Mitteleuropa beispielsweise im Frühjahr 1920 und
 1921 hatten, verringert diesmal auch die besonders
 gefürchteten späten Rückschläge mit scharfen Nach-
 frösten, die so häufig vorzeitigen Frühlingsträumen
 ein jähes Ende bereiten. Es besteht begründete
 Aussicht für die Annahme, daß in diesem Jahre
 etwaige Rückschläge, sofern sie überhaupt erfolgen
 sollten, nur von kurzer Dauer sein werden. Denn
 Dauer und Intensität solcher Rückschläge wird stark
 von der vorangegangenen Witterung bestimmt.
 Ist strenge Kälte dem Frühling vorangegangen,
 wird im Norden oder Osten des Erdteils sehr häufig
 die in Mitteleuropa durch den Einbruch milden
 Westweters beendete Kälte noch fortdauern und die
 Gefahr ist dann immer groß, daß sie sich erneut
 nach Westen oder Süden ausbreitet, um sich oft
 für viele Wochen wieder festzusetzen. In dieser
 Hinsicht hat bis vor kurzem die strenge Kälte, die
 einen vollen Monat hindurch in Skandinavien ge-
 herrscht hat, ständig auch Mitteleuropa mit erneu-
 tem Kälteeinbruch bedroht. Diese Gefahr ist aber
 nun vorüber, da in Nord- und Nordosteuropa nun-
 mehr gleichfalls schon ziemlich mildes Wetter
 herrscht, und man kann deshalb darauf rechnen,
 daß wir von nun an, leichtere Nachfröste freilich
 abgerechnet, mit langsamem Anstieg der Tempera-
 turen vollends in den Frühling hineinkommen
 werden.

**Mutter und Sohn aus materieller Not in den
 Tod gegangen.** Gestern um 8 Uhr früh wurde in
 ihrer Wohnung in der Kleinen Stephansgasse in
 Prag die Hausmutterwitwe Emile Mliza an der
 Fensterkante erhängt aufgefunden. Ihr 22jähriger
 Sohn, der Rechtshörer Waldemar, lag vergiftet
 im Bette. Seine Leiche war mit Betten bedeckt und
 in der Hand hielt er ein Blumensträußchen, das ihm
 seine Mutter offenbar in die Hand gedrückt hatte,
 bevor sie selbst Selbstmord beging. Aus den hinter-
 lassenen Briefen geht hervor, daß materielle Not
 der Grund des verzweifelten Familiendramas war.

**Der Einbruch in die Kanzlei der franko-rumäni-
 schen Fliegergesellschaft in Prag.** Wie der Polizei-
 bericht meldet, sind die Eindrehen in die Kanzlei der
 franko-rumänischen Fliegergesellschaft in Prag in dem
 30jährigen Rudolf Bosatta und dem 23jährigen
 Josef Rosta sicher gestellt worden. In die Angelegenheit
 sind auch die 59jährige Marie Kratoch und die 60jährige
 Anna Cejda verwickelt und werden bereits verhaf-
 tet. Bosatta hat noch ein Reihe
 weiterer Einbrüche eingestanden.

Totschlag. Gestern wurde der 16jährige Bant-
 laubfurchige Franz Bobel vom 17jährigen Wilhelm
 Dpelt mit einem Messer so unglücklich getroffen,
 daß er tot zusammenfiel. Dpelt, der verhaftet
 wurde, erklärte, daß ihn Bobel in das Messer, mit
 dem er ihn bloß ärgern wollte, hineingerannt sei.
 Bobel bekam einen Stich ins Herz.

Angriff einer Wisamratte auf einen Menschen.
 Eine Wisamratte fiel am Sonntag in der Gegend
 von Erlich einen Passanten an und brachte ihm
 zahlreiche Verletzungen bei. Erst nach längerem
 Kampfe gelang es, das wütende Tier zu erschlagen.
 Wie der „Orlikan“ meldet, war dies der erste be-
 kannte Fall des Angriffs einer Wisamratte auf einen
 Menschen.

Gerichtssaal.

Simulant oder unschuldig?

Prag, 20. März. Frau Olga Cejak, die im
 Geschäft Beranek in Prag-Weinberge gerade ein
 halbes Kilo „Schöpfunges“ gekauft hatte, wollte zah-
 len. Doch ihr Geldstückchen mit 241 K war weg.
 Darob große Aufregung im Laden, allgemeines
 Durcheinanderschreien. Nur einer war ruhig: der
 17jährige Josef Rosta, der mit lauter Stimme,
 so als ob ihm die ganze Sache nichts angehe, zehn
 Deka ungarische Salami verlangte. Frau Cejak fiel
 diese Ruhe neben ihr stehenden Kefesabdo auf,
 sie schöpfte Verdacht und ließ den seine Unschuld be-
 zeugnenden jungen Mann verhaften. Zwischen seinen
 Fingern fand sich auch die Geldtasche, von der er nichts
 zu wissen vorgab. Auch bei der heutigen Verhand-
 lung blieb er dabei, daß ihm Unrecht geschehen sei.
 Selbst als ihm der Richter vorhielt, daß er auf ähn-
 liche Weise schon einmal eine Frau Kocanova und
 eine Frau Kapalena bestohlen hatte, ändert er nicht
 seine Aussagen. Die Verhandlung mußte wegen Ver-
 sädung neuer Zeugen vertagt werden.

Offiziere und Barnmädchen.

Prag, 20. März. Der Kapitän Oleg Pro-
 chazka und der Leutnant Alexander Davidow
 kamen am 10. September 1921 in die Bar „Astoria“
 in Prag. Nach einigen Minuten saßen schon bei den
 beiden die Kellnerinnen Hilda Schieche und Gen-
 riette Flint und — man fuhr nach einer weiteren
 halben Stunde im Automobil zum Hotel „Blenka“,
 wo die Gesellschaft zwei nebeneinander liegende Zim-
 mer mietete. Als die beiden Offiziere um 9 Uhr
 früh erwachten, entdeckten sie, daß mit den Mädchen
 auch ihr Geld verschwunden war. Prochazka ver-
 mißte 11.500 K, die arabisches Geld waren, während

Davidow nur 150 K und 500 Doubrubeln abhandeln gekommen waren. Der Vortier, der von dem Diebstahl sofort verständigt wurde, lief zum Kaffeehaus „Anköl“, wo auch tatsächlich die beiden Mädchen gerade frühstückten, und ließ sie einschleichen und ins Hotel zurückbringen. Bei den Mädchen fand man jedoch nichts; dagegen entdeckte man im Tisch ein Kuvert mit 9000 K und auf der Erde und im Bett zwei 250 Rubelscheine. Gegen die Mädchen wurde wegen Diebstahlsverdacht die Anzeige erstattet. Vor dem OLGK. Regel erklärten heute die Mädchen, daß sie unschuldig seien und daß die Offiziere, die damals vollständig betrunken waren, mit ihrem Gelde nur so herumgeworfen hätten. Aus einem Protokoll war ersichtlich, daß Brochajta degradiert wurde und derzeit in Theresienstadt eine längere Kerkerstrafe absitzen hat. Die beiden Mädchen mußten schließlich wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

„Wenn man Butter am Kopfe hat...“

Prag, 20. März. Jaroslav Bumba, Bäcker aus Althütte, hat während des Krieges und auch noch nach dem Umsturz einen schwunghaften Kettenhandel betrieben. Doch so geheim, daß niemand im Dorfe eine Ahnung davon hatte. Es ist daher verständlich, wie so Bumba die Freiheit aufbringen konnte, an die Trafiatantin des Ortes, Sophie Boshusslav einen Brief zu schicken, in dem es hieß: „Sie werden mir sofort 1000 K schicken, oder ich lasse sie wegen Kettenhandels mit Zigaretten verhaften. Dann werden Sie sechs Monate und 10.000 K Geldstrafe bekommen und auch der Präsident wird Ihnen nicht helfen können. Also überlegen Sie sich meine Forderung sofort und schicken Sie gleich morgen die 1000 K an Jaroslav Bumba.“ Frau Boshusslav durchlebte eine arge Nacht. Sie wußte doch nicht genau, ob sie nicht einmal so etwas wie Kettenhandel getrieben hatte und dann — eine Untersuchung durch die Behörden ist immer ein unangenehmer Sache und schadet dem Geschäftsnomine. Ihrem Gatten fiel endlich ihr unruhiger Schlaf und der immer wieder hervorbrechende Augschweiß aus, er fragte sie, was denn vorgefallen sei, und so erzählte sie ihm alles. Anton Boshusslav, der von der Unschuld seiner Frau überzeugt war, überlegte nicht lange und übergab den Brief am nächsten Tage der Gendarmerie. Und er hatte richtig gehandelt. Statt seiner Frau wanderte Bumba wegen Drogen, Kettenhandel und wegen der Drohbriese in die Untersuchungshaft. Das Verfahren wegen Kettenhandels zieht immer weitere Kreise und ist heute noch nicht abgeschlossen. Wegen der Drohbriese (Vergehen nach § 98 d. St.-G.) wurde Bumba heute zu sechs Wochen schweren Kerkers verurteilt. Jedemfalls wird er es sich in Zukunft überlegen „an die Sonne zu gehen, wenn er selbst Butter am Kopfe hat“.

Ein gefährlicher Wilderer.

Prag, 20. März. Der Bauer Josef Markub aus Kněžves, der am 10. Dezember sein Jagdrevier kontrollierte, bemerkte am Rande eines Waldes drei Wilderer, die sich bei seinem Nahen zur Flucht wandten. Markub, der zu Pferde war, verfolgte den einen, den Anton Zenizel aus Dobrovic, der mit einem Gewehr siebenmal auf ihn anlegte, ohne zu schießen. Markub stieg vom Pferde und verfolgte Zenizel unauffällig. Vor dem Dorfe legte Zenizel sein Gewehr auseinander und versteckte es im Rod. In diesem Augenblicke stürzte sich Markub, der sich wieder aufs Pferd geschwungen hatte, auf Zenizel, den er nun unbewaffnet glaubte. Doch dieser zog einen Revolver hervor und gab gegen seinen Verfolger fünf Schüsse ab, die aber zum Glück nicht trafen. — Obwohl also ein Mordversuch vorlag, wurde die Angelegenheit nicht dem Schwurgerichte, sondern einem Strafnat übergeben, der heute Zenizel zu fünf Monaten schweren Kerkers verurteilte.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Pröger. (29)
Barfche, zuweilen sogar rohe Sitten begüterten seiner eigenen robusten Natur, die lang, herb und schwerfälliger leichter abließ als augog. Wenn er, die steingefüllte Tragegeschultert, in freier Luft die Gerüste erstieg, fesselte schmetternd abwärts und sich, der Last ledig, neu aufbaute, begleitete ein Vorsatz diese Sandburg. Wie die Steine von der Schulter, würde er einst auch die drückende Innenlast abtun und freien Weg schreiben. Wie wuchs doch so ein Haus! Letzte Woche noch standen sie in der Grube und warfen stöhnend Grund aus. Heute wird schon der erste Stoß gemauert, in einigen Wochen karret das Gebälk vor, wird aufgewunden, und bald wimpelt das bändergeschmückte Nichtbäumchen die Kunde vom neuen Haus in die Nachbarschaft. Man sah das Werk seiner Hände vor den Augen werden. Auch mein Haus muß unter Dach und Fach kommen, dachte Ernst oft und gern.
Außer kräftiger Rede liebte der bauende Mensch auch kräftigen Trunk. Ernst sah viel mit den Kollegen im Wirtshaus, gewöhnlich sich ehrbare Trinkseligkeit an und lauschte den Reden. Da gab es viel zu hören. Fester als er das in der Fabrik gefunden, ist die Gemeinschaft der arbeitenden Bauhandwerker. Fester und herrschaftlicher, was Ernst sehr schnell spürte. Von Organisation und gemeinsamen Auftreten wußte Ernst nichts, was bei ihm, der stets allein lebte und dachte, nicht wundern kann. Noch keine zwei Stunden eingestellt, wurde Ernst schon in die Rippen gebohrt und peiniglich nach einem Verbandsbuch befragt. Verbandsbuch? ... Ernst kannte Gebelbs Gedichte genau, er vernahm sich, aus einem beliebigen klassischen Drama aufzu-

Ballistik und Sozialpolitik.

Die falsche Rechnung der Franzosen. Der französische Schriftsteller Robert Chenevier zieht in einem Artikel des „Progres civique“ die bisherige Bilanz des Ruhrunternehmens für Frankreich. Auf der Passivseite finden wir zunächst die vom französischen Schatzminister berechneten Kosten für die ersten beiden Monate der Ruhrbesetzung: 5 Millionen Franks für den Unterhalt der Zwischmissionen, 50 Millionen Franks für den Unterhalt der Besatzungstruppen, 60 Millionen Franks für die Organisation der Eisenbahnen. Zusammen also 115 Millionen Franks für die Monate Januar und Februar. Zu diesen zahlenmäßig erfassbaren Passivposten fügt Chenevier andere, die sich im allgemeinen nur schätzungsweise erfassen lassen. Zunächst setzt er das Ausbleiben der deutschen Lieferungen an Frankreich aufgrund des Friedensvertrages nach den offiziellen Schätzungen der Reparationskommission allein für den Monat Januar mit einer Gesamtsumme von 16.760.693 Goldmark ein, die er in über 68 Millionen Papierfranks umrechnet. „Die französische Metallindustrie“ schreibt er weiter, „macht gegenwärtig eine furchtbare Krise durch, die noch schlimmer werden kann, weil sie seit dem Einrückten unserer Truppen in die Ruhr fast keine Kohle und keinen Verhüttungslochs mehr bekommt. Um den Verdienstverlust dieser hochwichtigen Industrie zu kennzeichnen, stellt er dann die Lieferungen aus Deutschland vom 1. bis 10. Januar fest: aus dem Ruhr- und Aachener Gebiet 61.266 To. Kohle und 144.505 To. Roß, denen vom 10. bis 15. Jan.: aus dem Ruhrgebiet nichts mehr, aus dem Aachener Gebiet noch 1729 To. Kohle und 9800 To. Roß und denen vom 15. bis 25. Januar: insgesamt 7000 To. gegenüber. Unter dem gleichen Kapitel erwähnt er die Folgen dieses Ausbleibens der deutschen Kohlen- und Roßlieferungen: das Abblasen von mehr als 16 von 45 Hochöfen im Departement Meurthe et Moselle und von 19 von 40 im Departement Moselle, wobei er betont, daß ein erlöschender Hochofen eine kostspielige und schwierige Wiederinstandsetzungsarbeit von zwei bis drei Monaten beansprucht. In diesem Posten finden wir dann noch die Steigerung des Roßpreises auf 195 Franks am 15. Februar, die 100 Prozent gegenüber dem Preis vom 1. Januar ausmacht. Der nächste Passivposten ist „die Frank-Entwertung“, die Chenevier auf rund 15 Prozent seit der Ruhrbesetzung anschlägt. Unter Zugrundelegung der Zahlen für die französische Einfuhr berechnet er den Verlust für die letzten zwei Drittel des Monats Februar infolge der 15prozentigen Frank-Entwertung auf 215 Millionen Franks. Die Passivposten selbst vermehrt er ferner noch um folgende Tatsachen: zehnprozentige Steigerung der Frachten infolge der Steigerung des Roßpreises; 15proz. Erhöhung der französischen Schuld an Amerika und an England als Folge des gestiegenen Wechselkurses; ein Verbrauch der Lagerbestände, die man teuer ersehen muß; eine Steigerung aller Metallprodukte; die 18monatige Entzeit und die längere Festhaltung der Jahresklasse 1921 unter den Fahnen. Die Aktivseite schmückt Chenevier mit einer Null.

Die Ernte 1922. Die soeben erschienene Nummer 8 der „Mitteilungen des Statistischen Staatamtes“ veröffentlicht Daten über die Ernteflächen in der tschechoslowakischen Republik im Jahre 1922. Ihnen zufolge wurden Getreidearten auf einer Fläche von 3.176.727 Hektar (Weizen auf 617.983 Hektar, Roggen auf 879.706 Hekt., Gerste auf 674.794 Hekt., Hafer auf 816.029 Hekt.). Hackfrüchte auf einer Fläche von 995.778 Hektar (hie-

von Kartoffeln auf 650.112, Zuckerrüben auf 210.031 Hekt.) Hülsenfrüchte und Mengfrucht zur Samengewinnung auf 187.022 Hekt. geerntet. Geerntet wurden nach den Ergebnissen der Erhebung des Statistischen Staatamtes 9.150.254 Zentner Weizen durchschnittlich 14.80 Zentner pro Hektar), 12.979.355 Zentner Roggen (14.75 Zentner pro 1 Hektar), 10.092.015 Zentner Gerste (14.95 Zentner pro 1 Hektar), 10.385.814 Zentner Hafer (12.72 Zentner pro 1 Hektar), 56.421 Zentner Hopfen (7.18 Zentner pro 1 Hekt.), 90.691.615 Zentner Kartoffeln (139.50 Zentner pro 1 Hektar), 52.401.492 Zentner Zuckerrüben (249.5 Zentner pro 1 Hektar). Dieselbe Nummer „Mitteilungen“ berichtet auch über die Rübenzuckererzeugung bei uns in der Betriebsperiode 1921—22. In 159 Zuckerrübenfabriken und 11 Raffinerien, die im Jahre 1921—22 im Betrieb standen, betrug die Nettoerzeugung von Rohzucker 5.737.980 Zentner, von Rohzucker 87.979 Zentner, also im Rohzuckerwerte Konsum auf Rohzucker überführt im Verhältnis 100 : 114) 6.629.277 Zentner.

Absperrung der tschischen Holzarbeiter. Dresden, 20. März. Im Laufe von Lohnverhandlungen ist heute ein Großteil der tschischen Holzarbeiter ausgedrängt worden. Im ganzen sollen 30.000 Arbeiter in Frage kommen.

Weitere Fusionen in der englischen Gewerkschaftsbewegung. Die zwei vom Generalrat des Gewerkschaftsverbandes für die 35 Metallarbeiter- und die 15 Fertigarbeiterverbände einberufenen Konferenzen zeitigten günstige Resultate. Der Generalrat ist nun im Begriff, zur Besprechung der Frage des Zusammenschlusses ähnliche Konferenzen für das Druckereigewerbe und die Dienstweige der Postverwaltung zu organisieren. Im Druckereigewerbe gibt es ungefähr 14 Verbände mit einer Gesamtmitgliedszahl von zirka 173.000. Diese Organisationen sind bereits in der Aktion der Verbände des Druckereigewerbes und verwandter Berufe lose zusammengeschlossen, und der Generalrat glaubt, daß eine Tendenz zum allgemeinen Zusammenschluß besteht.

Devisenkurse. Die tschechische Krone notiert in:
Währ. Frank 15.95 00
Mark 620 00
Österr. Kr. 2125 00

Prager Kurse.
Geld Ware
100 holl. Gulden . . . 133.00 157.00
10.000 Mark . . . 16.62 50 17.62 50
100 holl. Frank . . . 188.50 190.00
100 schweiz. Frank . . . 638.75 639.25
1 Pfund Sterling . . . 180.62 50 162.1 70
100 Lire . . . 168.25 167.75
1 Dollar . . . 34.10 00 34.50 00
100 irana. Frank . . . 292.25 293.75
100 Dinar . . . 36.50 00 37.00 00
1000 maghar. Kronen . . . 8 00 84 00
10.000 poln. Mark . . . 9.00 00 10.00 00
10.000 österr. Kronen . . . 4.00 00 5 10 00

Büchlicher Schluskkurse.
Geld Ware
Paris . . . 33.20 00 35.40 00
London . . . 25.34 00 25.36 00
Berlin . . . 0.02 57 50 0.02 60
Holland . . . 26.10 00 25.25 00
Holland . . . 212 00 213 10
Wien . . . 0.00 75 00 0.00 75 50
Subapell. . . 1.15 00 0.15 00
Bra. . . 15.95 00 16. 50
New York . . . 5.38 25 5.39 00
Belgrad . . . 5.40 00 5.50 00
Warschau . . . 0.0 1.25 00 0.0 1.50 00
Wien gelt. . . 0.00 00 0.00 00

Vorträge.

Das Problem der Demokratie.

Im Rahmen der Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker hielt Sonntag Genosse Professor Dr. Max Adler einen Vortrag über das genannte Thema, welcher für alle Zuhörer ein ganz außerordentliches Genuß war, der in seinem geschlossenen Aufbau und seiner sicheren Gedankenführung einer der besten sozialwissenschaftlichen Vorträge war, den man in Prag in den letzten Jahren zu hören Gelegenheit hatte. Adler erklärte eingangs seiner Ausführungen, daß er nicht über die Probleme der Demokratie, wie allgemeines Wahlrecht, direkte Gesetzgebung durch das Volk usw. reden werde, sondern über das Problem der Demokratie, denn die Demokratie ist in ihren letzten Jahren der Gegenwart tiefer Zweifel und außerordentlichen Mißtrauens nicht nur bei Denkern und Theoretikern, sondern in den Massen des revolutionären Proletariats selbst geworden. Früher herrschte ein allgemeines Vorurteil für die Demokratie, man hielt sie für die Voraussetzung jeder persönlichen Freiheit und sittlichen Vollkommenheit und die großen Revolutionen von 1789 und 1848 umgaben die Demokratie mit einem goldenen Schimmer. Das ist gegenwärtig gründlich anders geworden und von einer gewissen Strömung im Sozialismus wird die Demokratie als ein völlig untaugliches Mittel für die Emanzipation des Proletariats angesehen. Das hat seinen Grund in den Ereignissen des Krieges und der Nachkriegszeit. Im Kriege hat man gesehen, daß sich nicht nur die großen Militärdictatoren Österreich, Deutschland und Rußland, sondern auch die großen Demokratien des Westens in den Diensten des Imperialismus gestellt hatten und die Nachkriegszeit hat gelehrt, daß die großartigen politischen Umwälzungen, die Verwirklichung der Demokratie, an dem sozialen Uebel unserer Zeit nichts geändert haben.

Diese Skepsis an der Demokratie ist jedoch so alt wie die Demokratie selbst. Schon im alten Griechenland haben große Denker wie Sokrates ihren Zweifel an der Vollkommenheit der Demokratie Ausdruck gegeben und bis in die neuere Zeit hat man daran geäußert, daß die Mehrheit wirklich das Rechte trifft und daß die Mehreren auch die Besseren sind. Dem gibt das Dichterwort Ausdruck: Vernunft ist stets bei Wenigen nur gewesen. Auch die Sozialisten haben an der Demokratie geäußert und ihre Ergänzung durch die direkte Aktion gefordert. Ja, bei Marx und Engels finden sich stetig Bemerkungen über die Demokratie. Marx hat über den „Bürgerglauben an die Demokratie“ geäußert und die Anschauung, die vom Parlamentarismus alles erwartet, parlamentarischen Kreinismus genannt. Andererseits aber haben Marx und Engels im kommunistischen Manifest das Proletariat darüber belehrt, daß es die Demokratie für sich erobern muß. Woher rührt dieser Widerspruch?

Das Problem wird sofort klar, wenn man sich dessen bewußt wird, daß das Wort Demokratie ein zweideutiger Begriff geworden ist. Er bezeichnet einmal etwas Historisches, nämlich die Demokratie, die wir in der Geschichte erlebt haben, und das anderemal etwas Programmatisches, das sich noch nicht ereignet hat, nämlich die Demokratie, die wir Sozialisten erstreben. Das Prinzip der bürgerlichen Demokratie ist die Rechtsgleichheit. Daher rührte die zündende Wirkung der bürgerlichen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Aber schon damals stellte sich die Enttäuschung ein, denn trotz der Verwirklichung der Rechtsgleichheit verjagten die Menschen in noch größerem Elend. So bringen die Klassenverhältnisse die bürgerliche Demokratie in Widerspruch mit sich selbst. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, eines solidarischen Ganzen, aber was ist in der bürgerlichen Gesellschaft diese Solidarität? Die Klassenverhältnisse verhindern die fest-

besser angezogen als die anderen. Die laute, tönende Stimme legte los:

„Kollegen! Wir sind zusammengekommen, um zu beschließen, was getan werden muß, damit der Herr K. endlich einmal aufhört, für nichts und wieder nichts zu maßregeln. Ihr wißt, er hat heute nachmittags einen Kollegen entlassen, weil er nicht so gerannt ist, wie der Herr K. sich einbildet. Daß er auch einmal Steine getragen hat, weiß der Herr K. ja nicht mehr. Wir wissen es aber noch recht gut, und mancher alter Kollege unter uns hat mit ihm zusammen gearbeitet. Kommt aber der Beittelmann aufs Hof, dann ist mit ihm schon gar nicht mehr zu hausen. Der Herr Meister beruft sich auf sein gutes Recht, jeden Arbeiter, wenn es ihm gefällt, zu entlassen. Die Herren Bauproben bilden sich ein, jeder Arbeiter wäre der liebe Herrgott selber. Der Kollege N. arbeitet seit vier Jahren bei ihm; er hat manchen Sommer geschwitzt, während sich der dicke Meister aufs Kanapee legte. Jetzt arbeitet er auf einmal nicht mehr schnell genug. Arbeitet einer von euch schneller? Gut: wir wollen dem Herrn K. sein gutes Recht geben. Aber wir haben auch ein gutes Recht, und das verlangt, daß wir keinen Finger rühren, solange der entlassene Kollege gemahregelt ist. Ich schlage deshalb vor, morgen von Anfang der Arbeit die Wiedereinstellung des Kollegen zu fordern. Gibt der Herr Baumeister nach, schön! Gibt er nicht nach: Schluß der Arbeit! Alles geht vom Bau und läßt den Herrn Meister allein arbeiten. Wollen doch sehen, ob es bei ihm schneller geht.“

Tosender Beifall setzte nach diesen heftig hingeworfenen Worten ein. Der am lautesten schrie und die Hände bearbeitete, war Ernst Köhner. Er glühte vor Eifer und Ueberzeugung, nickte immer wieder und suchte die Erregung in den Gesichtern der anderen. Ueberall fand er sie. Die Kollegen brüllten und tobten, schwuren gräßlich stuchend jede Arbeit ab, wenn nicht geschah, was ihnen

für Recht galt, und wählten einen kleinen Ausschuß, der die Verhandlungen führen mußte.

Dieses Ereignis war eine Fatale, in Ernst Köhners Vorstellungen geworfen. Er legte plötzlich Wert und Macht der Gemeinschaft und strebte eifrig, die gewonnene Erkenntnis zu stützen. Er knüpfte Gespräche über Gewerkschaftsfragen an, las, es wollte erst gar nicht recht werden, was wissenschaftlich auf diesem Gebiete war, und stellte sich leidenschaftlich auf die Seite der sozialistischen Feilschere.

Daß es Reiche und Arme in der Welt gab, war Ernst nicht unbekannt. Daß der Armen sehr, unendlich viel mehr waren, wußte er auch. Aber er hatte sich mit diesem Wissen begnügt, hatte aus dem Zustand nur die einzige Aufforderung entnommen, selbst reich zu werden, und sich nichts um die Ziele seiner eigentlichen Welt bekümmert. Ja, er hatte diese Welt innerlich abgelehnt, hatte sich wund und blutig gestoßen, sie geistig zu überwinden. Schante er im Licht seiner sozialistischen Erkenntnis auf den Kampf seiner Jugend zurück, so erschien er ihm als das aussichtslosste Fechten eines Versprengten, der vom Meer abgelenkt, verzweifelt für sich selbst Krieg führt. Die neue Ordnung des Daseins kommt für alle Armen, nicht für einen allein. Sie kommt durch alle, oder sie kommt gar nicht. Was er gewürgt und gerungen, diese ganzen Jahre her, mußte zur Niederlage führen, denn er hatte nur für sich Besserung erwollt, hatte Millionen als seinen Besitz erträumt, die ihm, nur ihm ein Schönes, seinen Neigungen und Anlagen gemähes Leben schaffen sollten. An einen zweiten Menschen hatte er dabei nicht gedacht. Aber doch nur wie ein Reicher eben denkt, der Amoser aussteilt. Es gibt kein Recht auf persönliches Glück; es gibt nur Pflicht: das allgemeine Wohl zu fördern.

(Fortsetzung folgt.)

darische Gemeinschaft des Volkes und jeder Majoritätsbeschluss wird in einer solchen unsolidarischen Gesellschaft ein Herrschaftsakt, während er in einer klassenlosen Gesellschaft zu einem Verwaltungsakt wird. Die bürgerliche Demokratie ist also eine in sich widersprüchliche Ideologie, welche die Solidarität anwendet auf eine Gesellschaft der Unsolidarität. In einer Klassengesellschaft kann es keine wirkliche Demokratie geben.

Daraus ergibt sich nun ein zweiter Begriff der Demokratie, welcher die Solidarität der Menschen ausdehnt auf ihren ökonomischen Unterbau und der lehrt, daß nur in einer Gesellschaftsordnung ohne Klassengegenstände es wahrhaftige Demokratie geben kann. Deswegen ist streng zu unterscheiden zwischen der politischen Demokratie, der Demokratie in einer Klassengesellschaft und der sozialen Demokratie, der Demokratie in einer klassenlosen Gesellschaft. Das hat auch Rosa Luxemburg erkannt, welche die sogenannte Diktatur des Proletariats als eine Folge der politischen Demokratie bezeichnet hat, nämlich die Herrschaft des Proletariats in der bürgerlichen Gesellschaft.

Dies ungefähr das Gerippe des Vortrages, an welchen sich eine kurze Debatte schloß. Der außerordentliche Beifall hat wohl dem Vortragenden bewiesen, daß es ihm gelungen ist, die Hörer in seinen Bann zu ziehen. Der Vortrag stand auch nicht nur inhaltlich auf der Höhe, sondern die Ausführung war rhetorisch eine hervorragende und die Zuhörerhaft einfach mitreißend. Es wäre nur zu wünschen, wenn Genosse Adler öfters vor den deutschen Arbeitern in der Tschechoslowakei sprechen würde. E. St.

„Cheberatung, Eheglück und Bevölkerungspolitik“.

Ueber diesen Gegenstand sprach vorgestern abends Genosse Prof. Tandler aus Wien als Gast der „Urania“ und des „Bereines deutscher Arbeiter“. Der Vortragende definiert die Bevölkerungspolitik als die Verwaltung des organischen Kapitals eines Gemeinwesens, wobei das organische Kapital von der Menge Menschen dargestellt wird, welche in diesem Gemeinwesen leben. Der Kapitalismus beeinflusst die Stellung der Frau in der Familie ständig. Im Mittelstande bilden sich derzeit drei Schichten heraus: Frauen, welche außerhalb des Hauses tätig sind, Frauen, welche im Hause tätig sind, während die anderen weiblichen Familienmitglieder außer dem Hause arbeiten, Frauen, welche sowohl in der Hauswirtschaft als in der Produktion tätig sind. In die letzte Gruppe gehören die Proletarierfrauen schon lange. In der Familie sehen wir nicht nur die soziologische und politische Einheit, sondern auch die Einheit für die Fürsorge. Es gibt verschiedene Arten von Bevölkerungspolitik: die imperialistische, die merkantilistische, die soziale. Der ersten beiden wollen nur Soldaten und Arbeiter züchten — die Qualität ist Nebenfrage. Sie haben den Tod unzähliger Menschen und die Schmach der Kinderarbeit am Gewissen. Die soziale Bevölkerungspolitik dagegen ist zum Unterschiede von den genannten quantitativen qualitativ: sie will den Menschen ein menschenwürdiges Dasein sicherstellen. Für die imperialistische und merkantilistische Bevölkerungspolitik kommt nur der Geburtenüberschuß in Betracht, der schon vor dem Kriege zu sinken begonnen hat (in Frankreich schon vor 100 Jahren) und der Vorläufer des Unterganges eines Volkes ist. Gemildert wird er durch den Rückgang der Säuglingssterblichkeit — aber diese wird sich nicht weiter herabdrücken lassen als bis sieben Prozent, der Säuglingssterblichkeit der nördlichen Staaten. Das Sinken der Geburten hat bei dem Mittelstande als Ursache die Furcht, durch die Kosten der Aufzucht mehrerer Kinder ins Proletariat herabzusinken; das Proletariat hingegen erhebt den Anspruch auf besseren materiellen Verhältnissen, den die Ausgaben für die Kindererziehung unmöglich machen. Die kapitalistische Gesellschaft arbeitet mit allen möglichen Mitteln gegen die Geburtenbeschränkung, sie führt Gründe der Religion, der Moral, der ärztlichen Wissenschaft ins Feld, doch gelten alle Vorwürfe und Ratsschläge nur der Proletarierfrau — der reichen Frau gegenüber drückt man beide Augen zu. Auch bezüglich der künstlichen Fehlgeburt hat die Moral einen doppelten Boden. Prof. Tandler ist der Ansicht, über die Erlaubnis zur Einleitung der Fehlgeburt solle in jedem einzelnen Falle ein Gerichtshof entscheiden mit einem sozial fühlenden Juristen, einem ebenförmigen Arzte und einer Frau als Richtern.

Eine soziale Bevölkerungspolitik betreibt die Stadt Wien. Das Stadtgebiet ist für Fürsorgeweise in 14 Distrikte eingeteilt; die Fürsorgerin sucht jedes Kind auf, dessen Aufenthalt nicht zweifellos sichergestellt ist. Sie gibt 357 Milliarden Kö jährlich für bevölkerungspolitische Zwecke aus, unter denen aber 200 Milliarden nicht produktiv sind (Armenpflege, geschlossene Armenpflege). Könnte man die Zahl der Irrenanstalten auf die Hälfte herabdrücken, so könnte man jährlich 70.000 Kinder mehr aufs Land schicken. Die negative Auslese (Ausschließung der Kinderwertigen von der Paarung) kann in gegebener Weise nicht zur Bevölkerungspolitik verwendet werden, dagegen erhofft Tandler von den Eheberatungsstellen die besten Erfolge. Der Besuch der Wiener Beratungsstelle steigt unanhaltsam und es ist durch sie bereits in vielen Fällen geklärt, Unheil zu verhüten. Eine der wichtigsten Aufgaben der Beratungsstellen wie der Bevölkerungspolitik überhaupt ist es, das Bewußtsein zu wecken und zu schärfen, daß die Menschen nicht nur für das Schicksal ihrer Generationen verantwortlich sind, sondern auch für das der nächsten. Die Perspektive auf die nächste Generation ist das, was das Eheglück ausmacht.

Der Ideengehalt des Metternichschen Systems. Die Persönlichkeit Metternichs ist lange falsch eingeschätzt worden. Zehen die einen in ihm den allmächtigen Urheber und Träger der Reaktion, mit dem das System stand und fiel, so war er den andern nur eine Puppe, ein bedeutungsloser Schattenmann, der sich und Europa über seine Nichtigkeit hinwegtäuschte. Beide Anschauungen sind unhaltbar. Das System dem Metternich seinen Namen gab, war eine historisch gewordene Erscheinung, die im wirtschaftlichen und sozialen Leben des beginnenden 19. Jahrhunderts wurzelte, der Staatskanzler selbst aber sicher einer der hervorragenden Vertreter dieses Systems der diplomatischen Apparat virtuos beherrschte. Nur einem Forscher, der hoch über dem Stoffe steht kann es gelingen, Metternich und sein System historisch zu werten. Professor Erbil, einer der besten lebenden Kenner der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts, hat in seinem Vortrag vorgetragen ein klares und in sich geschlossenes Bild dessen Entworfes, was wir Metternichsches System nennen. Professor Erbil sieht in Metternich noch ein Kind des 18. Jahrhunderts, die letzte reife Frucht des Nationalismus; das gewaltige Geschehen der französischen Revolution und der napoleonische Imperialismus haben die Entwicklung seines Charakters beeinflusst, zur Romantik ist er nie in ein innerliches Verhältnis getreten, ihre Staatstheorie, wie Geng, Görres und Adam Müller sie verkörpert, war ihm Mittel zum Zweck. Das Hauptprinzip des Metternichschen Systems war der Glaube an die Unveränderlichkeit der menschlichen Gesellschaft, die gänzliche Verkenntung des Entwicklungsgedankens. Erhaltung oder Wiederherstellung des Alten wurden die leitenden Tendenzen Metternichs, akzentriert sie sich vor dem Sturze Napoleons auf politischem Gebiete, so waren sie nach 1815 in erster Linie sozial eingestellt. Da nach den Anschauungen Metternichs jede Revolution in ein Chaos münden muß, scheint es ihm das oberste Gebot des Politikers zu sein, Revolutionen zu vermeiden. Reformen steht er an sich nicht feindlich gegenüber, doch erwägt er stets, ob sie nicht an den Grundlagen des Bestehenden rütteln und kommt vor Zweifeln nicht zur Durchführung seiner Pläne. Kompromisse haßt er. Entweder Absolutismus oder Demokratie (die ihm allerdings nur in Amerika lebenskräftig zu sein scheint) aber kein Konstitutionalismus. Das liberale Bürgertum ist ihm daher der gefährlichste Feind. In allen Erscheinungen soll Gleichgewicht herrschen, unter den Staaten, in denen er im Sinne des 18. Jahrhunderts Teile eines großen europäischen Gemeinwesens sieht (die Nation ist keine selbständiger Lebenskörper), und unter den einzelnen Gesellschaftsklassen. Professor Erbil zeigt, wie diese ursprünglich nicht lebensfähigen Prinzipien erstarrten, nur noch erhaltend ohne jede Kraft zum Neuschöpfen wirken und schließlich aller positiven Gedanken entbehren. So steht als Abkömmling der Epoche, in der das System herrschte, gerade das Ereignis, das dieses System für alle Zeiten verbannen wollte, die Revolution. E. P.

Aus Jugendwandertagen.

Unweit meiner Vaterstadt grüht der Ausläufer des Gesenkes, das Obergebirge, zur Hanna-Ebene hinab. Nach kaum zwei Stunden stottern Marsche von der Ölmayer Stadtpfarrkirche aus ist man schon mitten drinnen in den Wäldern, welche die Hügelkette krönen, oder im Feichtal, in dem die Wässer des gleichnamigen Baches sich ein ost stark zerklüftetes Flußbett gegraben und ausgewaschen haben. Der muntere Gebirgsbach, der erst kurz vor seiner Mündung in die March durch Abflüsse von Fabriken und Gießereien verunreinigt wird, schießt droben im Gebirge hell und klar in den Windungen des Tales, schimmert grün und zerstäubt sich zu weißem Sprühregen, wenn er unter den Farnblättern oder durch seltsame Tore sich hindurchzwängen muß. Sind die Berge, die das Tal im Waldschmuck umsäumen, auch verhältnismäßig niedrig und hügelartig, so gibt der überall zutage tretende Schiefer den Talwänden ein wildes, hochgebirgsartiges Gepräge. Und harmonisch fügen sich in diesen Gebirgscharakter die kleinen Ortschaften ein, deren Einwohnerzahl sehr gering ist und durchwegs nur von einer Art Landwirtschaft leben muß. Die Felder tragen hier nur Kartoffeln und Hafer, der größte Reichtum des Bauers in Großwäldern oder bei der „Mülmühle“ in Station Schweiß sind Kühe und Ziegen und — seine Sommerwohnungen. Denn ein großer Teil der Ölmayer verbringt hier den Sommer oder pilgert und fährt allsonntäglich in das reizende Tal hinaus, um beim „Schwarz“ oder „Göttinger“ — zwei Sommerfesten — sich bei Milch und Eierpreis zu kräftigen.

Wir Jungen allerdings führen nie mit der Bahn hinaus, denn unsere Geldbörse war stets auf zeitweilige Einnahmen angewiesen, die aus des Vaters Tasche nur allmonatlich, und da nur in sehr geringem Ausmaße, sich einstellten. Darum hieß es immer am Sonntag zeitlich früh am Sommerplatz erscheinen, denn bevor noch die Sonne hoch am Himmel stand, mußten wir den zweistündigen Marsch über die Ebene bereits zurückgelegt haben. Im flotten Tempo gingen über die alte Wallfahrersstraße zum „HeiligenERGE“ hin, von dessen Gipfel eine große Gnadenkirche weit in die Ebene hinanragt. So pilgern denn jahraus, jahrein die frommen Schäflein aus der Hanna-Ebene und selbst die aus der böhmisch-mährischen Höhe herbei, um den frommen Mönchen Kirche und Geldbeutel zu füllen. Oft überholten wir bei unserer fröhlichen Vergnügung eine Prozession und freuten uns mächtig darüber, wenn ein würdiger Vorbeter der „göttlichen“ Schar, die wir in seinen Augen waren, Schimpfwörter nachrief und uns zum Tausch wünschte. Einmal wäre es uns bei einer solchen Gelegenheit beinahe sehr schlecht ergangen. Wir standen gerade oben vor der Gnadenkirche und blickten noch einmal zurück auf die Ebene und hinauf nach den Wolkenzug, als gerade über einen Seitenweg sich eine Prozession der Kirche näherte. Die bösen und verwünschten Rufe der Wallfahrer mußten uns besonders gefallen haben oder . . . kurzum, ohne Verabredung begannen wir

alle, als wir uns in Bewegung setzten, das Regenslied zu singen:

Die Pinzgauer wollten wallfahrten geh'n,
Sie täten schön singen und konnten nicht versteh'n.
Tschah, Tschah, Tschah, Tschahhähähäh.
Die Pinzgauer san schon do . . .

Weiter kamen wir nicht. Denn aus dem Kreuzgang der Kirche stürzte uns ein stämmiger Kirchendiener entgegen, im Ha hatte er einen Haufen Dorfpfaffen um sich geschart und schon regneten Steine und Erdklumpen auf unsere Köpfe und Rücken. Was konnten wir anders tun, als etliche Minuten später nach etwas suchartigem Rückzug im Walde hinter dem „Gnadenorte“ uns über die Dummheit der Bauern aufzuregen, die noch immer den Pfaffen auf dem Leim gehen! Kopf und Rücken schmerzten einem jeden von uns zwar gehörig, doch als wir dann einige Stunden später weit drinnen in den Bergen beim Feuer saßen und uns unser Mittagessen kosteten, war aller Schmerz längst vergessen und fröhlich klang im Wind unser Lied: „Luftig ist das Zigeunerleben . . .“

Die Kinderjahre flogen dahin. Wir waren schon würdige Obergymnasialisten geworden, „Herren Lausbuben“, wie uns unser Chemieprofessor immer nannte. Doch am Sonntag waren wir nie am staubigen „Bummel“ zu sehen oder bei den verschiedenen „Promenadenkonzerten“ im St. Otpart: Irgendwo weit draußen in den Bergen konnte man uns finden, mit Rucksack und Rucksackel an Rücken, auf fröhlicher Wanderfahrt. Unsere Schulaufgabe hatte sich allerdings weitere Grenzen gesteckt. Altwater, Spiegelitzer Schneeberg, Hochschnee, also das Hohe Gesenke und der Slager Gebirgskegel waren das Ziel unserer Fahrten, denn einige Kronen ersparten wir uns immer, um die Bahnsperren aufzubringen. Im Rucksack brückte uns nicht viel Ballast, denn für unser selbstgebackenes Essen brauchten wir ja niemals viel mitzunehmen. Besonders Nachtmöhren standen bei uns fast immer auf der Tagesordnung. Da mußten wir allerdings schon am Samstag abends hinausfahren nach Winkelsdorf oder Mähr.-Altsdorf, um uns um Mitternacht auf den Weg nach dem Gipfel des Altwaters oder des Schneeberges zu machen.

Der Gipfel des Schneeberges trägt einen Ausfichturm, an dessen Eingangstür die deutsche Grenze vorüberläuft. Und von Mähr.-Altsdorf waren es nur knapp vier Stunden Fußmarsches hinauf. Bis Mitternacht sangen und ergötzen wir uns in einem lauschigen Gasthausgarten, bis dann der Nachtwächter zu uns hereingestolpert kam und uns mit verschlafener Stimme zurief: „Also geht Schlus, Burschen! Der Bürgermeister kann nicht schlafen!“ Wir steckten ihm dann lachend einige Zigaretten in die Tasche und er brumnte, uns auf der Dorfstraße ein Stückchen des Weges leuchtend: „Na, schon gut! Auf Wiedersehen!“

Durch zwei Bergdörfer führte der Weg, vorbei an schlafenden Gehöften, hinter deren Umfriedung die ob der nächtlichen Ruhefindung auf der Straße erbohten Hunde zu heulen begannen. Doch endlich war auch die letzte Anstiehung hinter uns, der rauschende, Dunkel und Schweigen bergende Wald nahm uns auf. Schwitzen, nächtliche Ruhe herrschte in den Baumkronen, die uns manchmal, von einem leisen Winde bewegt, wie im Traume aufrauschten. Sonst kein Laut, nur der schwere Tritt unserer Bergschuhe hallte wieder, wenn der Fuß über Steine oder Erdröckel schloß. Unermüdet kletterten wir auf dem Serpentinwege aufwärts. An einer Wegkreuzung eine Waldkapelle, etwas höher die Mauereinfassung einer Quelle und die Ausbesserungen des Weges ließen die hier waltende Menschenhand erkennen. Sonst aber eagle nur zu beiden Seiten des Weges das gewaltige Räumebauer des Gebirgsforstes zum Himmel, hier waren Herten der Wald und die Elemente. Und wir arbeitsame Erdenwärrer konnten uns die Köpfe einrennen bei Wegbiegungen, konnten dann scherzen und lachen über die in Mitleidenschaft gezogenen — das majestätische Schweigen des nächtlichen Waldes ließ uns bald vollständig verstummen und wir fühlten uns — o seltsame Schwärmerstunde! — der allumfassenden Natur nahe.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Stadt- und Dorfgemeinde fördern

die Beantwortung einer Umfrage von Verwaltungen. Road's Taschenbuch für Kommunalpolitiker bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der Buchhandlung Freiheit, Tschingelgasse 18.

Oben auf dem Gipfel des Schneeberges war es bitter kalt. Zähnelappend starrten wir nach dem Osten, wo ein fahler Lichtschein sich aus der ober-schleifigen Ebene empor hob. Und dann brannte der Himmel, die Wolkenränder und Nebelschwaden erglühten und aus dem wallenden Dunstmeere erhob sich die Sonne, blutigrot . . .

Noch ein Bild nach der dampfenden Ebene Oberschlesiens und hinüber zur Gebirgskette des Altwaters und dann ging es hinab ins preussische Bad Wölsfeldgrund. r. h.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Mittwoch „Frasquita“; Donnerstag zum ersten mal „Die Erwachsenen“; Freitag und Sonntag Gastspiel Rubla „Ernani“; Samstag und Sonntag „Apachen“; Sonntag nachmittags halb 8 Uhr „Die Bajadere“; Dienstag „Der Widerspenstigen Zähmung“.

Kleine Bühne. Heute, Mittwoch, der Schul-schwank „Das Extraporelle“; morgen, Donnerstag „Der Tanz ins Glück“; Freitag „Vom andern Ufer“ von Felix Salten; Samstag „Die Erwachsenen“; Sonntag nachmittags „Jungberg“, abends Hermann Bahrs „Konzert“.

Turnen und Sport.

Kleine Sportnachrichten. Osterreich Fußball in Prag: 30. März (Karfreitag): Karlsruher Fußballverein gegen lomb. Slavia und Sparta. 31. März (Osterfesttag): Fußballklub von 93 gegen Slavia. 1. April: D.S. gegen Rapid-Wien, Fußballklub gegen Sparta. 2. April: Slavia gegen Rapid-Wien. — Die „Prager Abendzeitung“ berichtete gestern über eine Affäre, die sicherlich in der Prager Sportwelt große Aufregung hervorgerufen wird. Dem Vorstände der Slavia und Sparta war es, wie das genannte Blatt berichtet, lange schon aufgefallen, daß, trotzdem der Besuch immer groß war, die Kassa eher ein Defizit aufweist als einen Gewinn. Die Untersuchung, die von Mitgliedern der Sparta geführt wurde, brachte ein überraschendes Ergebnis. Es wurden mehrere Personen sichergestellt und verhaftet, die eine geheime Druckerlei hatten und seit dem Jahre 1921 Eintrittskarten für die Wettspiele der genannten Klubs herstellten und sie mit der Stampille und der Bestätigung über die geleistete Landesabgabe versehen und diese Karten im Ver-kauf absetzten. Man sagt, daß z. B. bei den Wettspielen mit Celtic diese gut ausgeführten Fälschate in der Zahl von 15.000 abgesetzt wurden. Die Klubs sollen um Hunderttausende geschädigt worden sein.

Länderkampf England gegen Belgien 6: 1. Montag fand in London ein Länderkampf zwischen England und Belgien für 12.000 Zuschauer statt, der die größtenteils aus Berufsspielern zusammengesetzte englische Mannschaft aus sicherer Sieger sah. Die Belgier konnten nur in der ersten Halbzeit zusehen.

Battling Silk geschlagen. Der jenseitliche Meisterboxer und Träger der französischen Meisterschaft Battling Silk wurde am Sonntag in Dublin vom Irlander Mac Tighe nach Punkten geschlagen. Es wurde in 20 Runden auf Punkte gekämpft.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Tolle Weiber“ (Polish Wives). 1490

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 23, Kl. Bazar. 189

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Antworten auf unsere Preisfrage!

. . . Die Berzon-Gummi-Sohle ersetzt 3—4 Paar gute Kernleder-Sohlen . . .

Otto Giebel, Reisender, Johansdorf 129, bei Brüx

